



Herausforderungen gemeinsam anpacken – Zukunft gestalten

Koalitionsvereinbarung

zwischen
dem Kreisverband Wetterau der
Christlich Demokratischen Union Deutschlands
und
dem Unterbezirk Wetterau der
Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

zur politischen Zusammenarbeit im Kreistag und im Kreisausschuss
für die Wahlperiode 2021 bis 2026

INHALTSVERZEICHNIS

PRÄAMBEL	4
SCHULE UND BILDUNG	5
Bildungsregion Wetterau stärken	5
Frühkindliche Bildung ausbauen	5
Schulentwicklung für die Anforderungen der Zukunft.....	5
Moderne Schulen gestalten	6
Digitalisierung der Schulen ausbauen	7
Ganztagsausbau voranbringen.....	7
Schulische Inklusion stärken.....	7
Schulsozialarbeit fördern	8
Berufliche Schulen an allen Standorten fortentwickeln.....	8
Hochschule als Innovationsmotor	9
Volkshochschule - moderne Erwachsenenbildung sichern.....	9
Außerschulische Bildung stärken	9
Politische Bildung ausbauen.....	10
Mobilität und Schule gehören zusammen	10
SOZIALES, BEZAHLBARER WOHNRAUM UND GESUNDHEIT	11
Bezahlbaren Wohnraum schaffen.....	11
Sozialplanung und Sozialbudget sichern	11
Soziales Netz, Zusammenarbeit mit freien Trägern und Verbänden sowie Ehrenamt stärken	12
Verlässliche Sportförderung.....	12
Sozialpolitik für Kinder, Jugendliche und Familien.....	13
Gesundheitsversorgung zukunftsfähig ausrichten.....	14
Diversität, Inklusion und Integration voranbringen	15
Leben im Alter aktiv gestalten.....	16
Integration in die Arbeitswelt fördern	17
Geschlechtergerechtigkeit stärken	17
Sicherheit für die Menschen im Wetteraukreis	18
REGIONALENTWICKLUNG, UMWELT, MOBILITÄT UND WIRTSCHAFT	19
Klimaschutz vorantreiben.....	19
Naturschutz stärken	20
Wasser als wichtigste Ressource schützen	21
Forstwirtschaft unterstützen.....	21
Landwirtschaft und Bodenschutz fördern.....	22
Tierschutz sichern.....	24
Vielfältige Mobilität.....	24
Mobilität – ÖPNV	25
Mobilität – Radverkehr	27
Mobilität – Straße / CarSharing / eMobilität	27
Wirtschaftsförderung als wichtiger Standortfaktor	28
Sparkasse, ZOV-Konzern, kommunale Unternehmen in öffentlicher Hand.....	29

Tourismusregion Wetterau weiterentwickeln	29
Kulturelle Vielfalt fördern.....	30
Breitband und digitale Infrastruktur ausbauen.....	31
Leistungsfähige Kreislaufwirtschaft gewährleisten	32
FINANZEN UND VERWALTUNG	33
Handlungsfähigkeit durch solide Finanzen erhalten.....	33
Nachhaltige Finanzpolitik gestalten	33
Effektives und effizientes Wirtschaften	34
Transparente Konsolidierungspolitik	34
Finanzielle Basis der Städte und Gemeinden im Wetteraukreis stärken.....	34
Altschulden abbauen.....	35
Interkommunale Zusammenarbeit fördern	35
Leistungsfähige Verwaltung für die Aufgaben der Zukunft	35
Personalgewinnung und Personalentwicklung, familienfreundliche Arbeitsbedingungen.....	36
Bürgernähe und Effizienz	36
Kundenfreundliche und leistungsstarke Verwaltungsstandorte in Friedberg und Büdingen.....	36
GRUNDSÄTZE DER ZUSAMMENARBEIT.....	38
Arbeitsweise der Koalition	38
Zusammenarbeit der Fraktionen im Kreistag	38
Zusammenarbeit im Kreisausschuss	38
Koalitionsausschuss	38
Personal.....	39
Fachausschüsse.....	39
Kreisausschuss	39
Landratswahl.....	40
Dezernatsverteilung.....	40
Sonstiges	40
Organisatorisches.....	41
Inkrafttreten der Koalitionsvereinbarung	41

PRÄAMBEL

Die Fraktionen von CDU und SPD im Kreistag verpflichten sich zu einer vertrauensvollen Zusammenarbeit für die Menschen im Wetteraukreis. In den zurückliegenden fünf Jahren hat die Koalition aus CDU und SPD viel erreicht und maßgeblich dazu beigetragen, dass der Wetteraukreis für die Herausforderungen der Zukunft gut aufgestellt ist. Wichtige Weichen wurden gestellt, Impulse gesetzt und strategische Neuausrichtungen auf den Weg gebracht. Unsere weitere Arbeit basiert auf der Erfahrung und den Erfolgen dieser Zusammenarbeit und ist geleitet von Mut und Innovationskraft für die Zukunft.

Unsere Gesellschaft steht auch im Wetteraukreis vor großen Aufgaben: die Bewältigung der Coronapandemie mit all ihren Auswirkungen, der Klimaschutz, der gesellschaftliche Zusammenhalt und die Verteidigung unserer Demokratie. Wir stehen für ein weltoffenes und friedvolles Zusammenleben und erteilen Ausgrenzung und Hass eine klare Absage.

Der Wetteraukreis ist ein starker und vielfältiger Landkreis im Rhein-Main-Gebiet. Er zeichnet sich aus als ein familienfreundlicher, attraktiver Lebens-, Wirtschafts- und Bildungsstandort mit hoher Lebensqualität und einer engagierten Bürgergesellschaft. Voraussetzungen für den gesellschaftlichen Zusammenhalt sind eine starke und gut funktionierende soziale Infrastruktur, eine bedarfsgerechte Gesundheitsversorgung, gute Bildungsmöglichkeiten für alle Altersgruppen und Angebote der Daseinsvorsorge, die den Bedürfnissen der Menschen in allen Teilen des Wetteraukreises gerecht werden. Hierzu gehören bedarfsgerechte Mobilität, bezahlbarer Wohnraum, digitale Infrastruktur, kulturelle Angebote, Klimaschutz und der Erhalt unserer natürlichen Lebensgrundlagen. Dabei ist uns eine gute Partnerschaft mit den Städten und Gemeinden und eine breite gesellschaftliche Einbindung wichtig.

Wir werden Verantwortung für die Zukunft übernehmen. Das bedeutet für uns, Antworten auf die gegenwärtigen Herausforderungen zu geben und innovative Konzepte für die Zukunft zu entwickeln.

SCHULE UND BILDUNG

Bildungsregion Wetterau stärken

Eine starke, innovative und zukunftsorientierte Region wie die Wetterau braucht eine starke Bildungslandschaft. Die Koalition wird im Wetteraukreis Chancengleichheit leben und ermöglichen. Jedes Kind soll Zugang zu bestmöglicher Bildung und Förderung erhalten, denn gute Bildung ist der Schlüssel für eine eigenständige Lebensgestaltung, Persönlichkeitsentwicklung und gesellschaftliche Teilhabe. Herkunft, familiärer Hintergrund oder der Wohnort dürfen nicht ausschlaggebend für den Bildungserfolg sein.

Die Koalition spricht sich für den Erhalt der Schulvielfalt im Wetteraukreis aus, um jedem Kind ein Höchstmaß an Bildungschancen in allen Schulformen zu ermöglichen. Aus diesem Grund setzt sich die Koalition für den Erhalt aller Schulstandorte in allen Teilen des Wetteraukreises ein.

Frühkindliche Bildung ausbauen

Der Grundstein für Bildung wird bereits bei den Jüngsten gelegt. Deshalb benötigt der Wetteraukreis flächendeckende frühkindliche Betreuungs- und Bildungsangebote von der Krippe bis zum Hort. Die Koalition setzt dabei sowohl auf die Kindertagesstätten als auch auf die Kindertagespflege. Sie versteht sich als Partner der Kommunen und unterstützt weiterhin die Kommunen im Ausbau und bei der Weiterentwicklung der frühkindlichen Bildung.

Schulentwicklung für die Anforderungen der Zukunft

Die Schule vor Ort ist ein wichtiger Standortfaktor für jede Kommune, um für junge Familien attraktiv zu sein. Daher setzt sich die Koalition auch weiterhin besonders für den Erhalt der Grundschulen vor Ort ein.

Die Koalition steht für einen zeitgemäßen Schulentwicklungsplan, der den gesamten Wetteraukreis im Blick hat. Der Schulentwicklungsplan ist gemäß dem Hessischen Schulgesetz innerhalb von fünf Jahren nach der Zustimmung auf die Zweckmäßigkeit der Schulorganisation hin zu überprüfen und - soweit es erforderlich ist - fortzuschreiben. In Zeiten dynamischer Schülerzahlentwicklung muss auch die Schulentwicklungsplanung flexibler angepasst werden können. Daher befürwortet die Koalition, dass in begründeten Fällen Schulentwicklungspläne als Teilfortschreibungen für bestimmte Regionen und Schulformen auch weiterhin möglich sind. Weiterhin muss Schulentwicklungsplanung wie bisher transparent unter Einbindung der Schulgemeinden, der Standortgemeinden sowie der politischen Gremien gestaltet werden.

Die Koalition möchte Schülerinnen und Schüler an gesunde und regionale Lebensmittel heranzuführen, das Verständnis für die Wertigkeit und Nachhaltigkeit der Landwirtschaft wecken sowie sie ökologisch sensibilisieren. Daher unterstützt sie Schulen bei Projekten wie beispielsweise der „Brot Dosenaktion“, dem „Gesunden Frühstück“, dem „Bauernhof als Klassenzimmer“, dem „Ernährungsführerschein“ und den „Klima-Experten“.

Moderne Schulen gestalten

Durch die Ausweisung neuer Baugebiete und eine zunehmende Verdichtung bestehender Wohngebiete steigt die Bevölkerungszahl im Wetteraukreis inzwischen wieder deutlich an. Die damit einhergehende Steigerung der Zahl von Schülerinnen und Schülern in Kombination mit weiteren Aufgaben in den Bereichen Ganzttag, Schulsozialarbeit und Inklusion erfordern eine Anpassung der notwendigen Räumlichkeiten in den Schulen.

Die Koalition steht dafür, dass der Wetteraukreis als Schulträger die Schulen weiter saniert, zeitgemäß ausstattet und flächendeckend weiterentwickelt. Die Qualität der Räume und deren Ausstattung war und ist eine wichtige Aufgabe, für die sich die Koalition weiterhin mit voller Kraft einsetzt. Die Koalition hat daher die Investitionen im Schulbau in den vergangenen Jahren auf Rekordniveau erhöht. Neben dem Ausbau und der Ausstattung sind für die Koalitionspartner Sanierungsmaßnahmen wichtig. Die Koalition wird daher die Investitionsprogramme sinnvoll nutzen, um die Schulen im Wetteraukreis fit für die Zukunft zu machen.

Für eine bedarfsorientierte Ausstattung der Grundschulen hat die Koalition bereits ein Raumprogramm erarbeitet. Für die Bereiche Ganzttag, Schulsozialarbeit und Inklusion können damit zusätzliche Räume bereitgestellt werden. So werden gleiche Rahmenbedingungen in allen Grundschulen des Landkreises gewährleistet. Was für die Grundschulen bereits gilt, soll künftig auch für die weiterführenden Schulen gelten. Deshalb strebt die Koalition auch hier ein hochwertiges Raumprogramm an, das an den Bedürfnissen und Erfordernissen der weiterführenden Schulen aller Schulzweige ausgerichtet ist und die Gleichbehandlung aller Schulen garantiert.

Die Koalition sorgt zudem für eine ausreichende Ausstattung der Schulen mit Schulsekretariaten, Hausmeisterinnen und Hausmeistern und Reinigungskräften, um angesichts wachsender Aufgaben die Handlungsfähigkeit der Schulen sicherzustellen.

Schule ist für Kinder und Jugendliche mehr denn je Lebens- und Arbeitsraum. Hier sollen sie sich wohlfühlen können. Für die Koalition bedeutet dies die Gestaltung moderner und attraktiver Schulhöfe, Pausenflächen und Sportstätten im Sinne eines Campus-Charakters.

Schulschwimmen ist wichtiger Bestandteil des Schulsports. Die Koalition wird das Schulschwimmen daher auch weiterhin konsequent unterstützen. Die von der Koalition eingeführte pauschale Kostenerstattung schafft für die Schwimmbadbetreiber Verlässlichkeit. Diese Planungssicherheit wird die Koalition weiter gewährleisten. Darüber hinaus wird sie die Kommunen bei der Beantragung von Fördermitteln aus Investitionsprogrammen zum Erhalt und Neubau von Schwimmbädern unterstützen.

Digitalisierung der Schulen ausbauen

Die Digitalisierung der Schulen gehört zu den wichtigen Schulinvestitionen der Zukunft.

Die Koalition spricht sich dafür aus, dass das bisherige Lernmanagementsystem WTK-EDU in eine landesweit einheitliche Plattform überführt wird.

Den Digitalpakt Schule wird die Koalition zügig umsetzen und nutzen, um als Schulträger spätestens bis zum Ende des Förderzeitraums 2025 den Weg in die digitale Zukunft fortzuführen. Dazu zählt insbesondere, dass alle Schulen flächendeckendes W-LAN in allen Gebäuden erhalten sowie Anzeige- und Interaktionsgeräte in den Klassenräumen bereitstehen. Die digitale Ausstattung der einzelnen Schulen orientiert sich dabei am Medienentwicklungsplan. Auch der erforderliche IT-Support ist verlässlich zu gewährleisten.

Um stabiles W-LAN und leistungsfähige Hardware in den Schulen nutzen zu können, ist darüber hinaus die Anbindung der Schulen an eine schnelle Internetverbindung unumgänglich. Entsprechende Förderprogramme wird die Koalition nutzen, um alle Schulen zeitnah an das Breitbandnetz anzuschließen.

Das Medienzentrum soll auch weiterhin Anlaufpunkt für Lehrerinnen und Lehrer sein, um digitale und analoge Medien ausleihen oder abrufen und qualifizierte Beratung in Anspruch nehmen zu können.

Ganztagsausbau voranbringen

Die Koalition sieht im Ausbau der Ganztagschule sowohl zur Förderung von Chancengleichheit und -gerechtigkeit als auch zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf eine wichtige Perspektive für die Zukunft. Für Familien ist ein verlässliches und dauerhaftes Ganztagsangebot oft unverzichtbar. Die Schulen auf den kommenden Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung für Kinder im Grundschulalter ab dem Jahr 2025 vorzubereiten, ist daher ein Anspruch der Koalition. Hierfür gilt es, die räumlichen, organisatorischen und sächlichen Rahmenbedingungen und Voraussetzungen zu schaffen. Damit einhergehend ist auch ein gesundes und bezahlbares Mittagessen unbedingt erforderlich. Die Koalition wird diesen Weg der Schulen und Schulgemeinden aktiv begleiten sie und bei ihrem Angebot unterstützen.

Bis zum Jahr 2025 wird die Koalition den Übergang gestalten und in den kommenden vier Jahren kreisweit die Ganztagsangebote weiter bedarfsgerecht ausbauen. Die Koalition unterstützt die Schulen bei der Einrichtung und Weiterentwicklung erweiterter Ganztagsangebote. Dazu zählt auch die Kooperation mit Vereinen, Verbänden und Einrichtungen in den Kommunen. Die Koalition begleitet unterstützend die Bestrebungen der Schulen des Wetteraukreises, sich zu Ganztagschulen weiterzuentwickeln.

Schulische Inklusion stärken

Die Koalition spricht sich dafür aus, dass allen Schülerinnen und Schülern, unabhängig von ihrer sozialen Herkunft, Sprache, Nationalität, sexueller Identität oder Behinderung, eine wohnortnahe Beschulung weiterhin ermöglicht wird. Die Koalition steht dafür, dass der Wetteraukreis auch künftig seine Verpflichtung für eine weitere Entwicklung der Inklusion in seinen Schulen wahrnimmt und die baulichen und sächlichen Voraussetzungen für eine qualitätsorientierte inklusive Beschulung erfüllt.

Wichtig ist der Koalition in diesem Zusammenhang:

- die Bereitstellung von BFZ-Büros (Büros für das Beratungs- und Förderzentrum) mit entsprechender Ausstattung,
- die Bereitstellung von Förderräumen,
- ein zentrales Einrichtungsbudget für alle Schulen,
- ein zusätzliches Betriebsmittelbudget für die Beratungs- und Förderzentren und
- die erforderlichen baulichen Ertüchtigungsmaßnahmen.

Als „Modellregion Inklusion“ hat der Wetteraukreis schon einiges erreicht. Erklärtes Ziel der Koalition ist es, dass alle Kinder eine Schule ihrer Wahl besuchen können.

Die gute Zusammenarbeit zwischen dem Wetteraukreis und dem Staatlichem Schulamt ist bei der Beratung der Schulen ein wichtiges Element und soll intensiv fortgesetzt werden.

Schulsozialarbeit fördern

Die Koalition wird die Schulen weiterhin dabei unterstützen, ein bestmögliches Bildungsumfeld für Kinder und Eltern zu schaffen. Als Schulträger hat der Wetteraukreis hierzu einen wichtigen Beitrag geleistet, indem kreisweit die Schulsozialarbeit in allen Schulformen etabliert wurde. Diesen Weg wird die Koalition weitergehen und die Zusammenarbeit mit fachkundigen Dienstleistern für die Schulsozialarbeit in bewährter Form fortführen. Die Koalition steht dafür ein, dass die Schulsozialarbeit fester Bestandteil im Schulalltag bleibt und die räumlichen Voraussetzungen hierfür geschaffen werden.

Berufliche Schulen an allen Standorten fortentwickeln

Die Koalition will die berufliche Bildung stärken. Die qualifizierte duale Ausbildung an den Berufsschulen im Wetteraukreis ist elementar. Sie sichert den erfolgreichen Einstieg junger Menschen in die Arbeitswelt, den Fachkräftenachwuchs und die wirtschaftliche Zukunft der Region. Der wohnort- und betriebsnahe Erhalt aller Berufsschulstandorte ist daher von zentraler Bedeutung. Dazu zählen auch notwendige Sanierungen und damit die Stärkung der Berufsschulstandorte in der Fläche.

Die Koalition unterstützt die beruflichen Schulen bei ihrem Wunsch, neue zukunftsfähige Berufsfelder einzurichten, um ein neues und erweitertes Ausbildungsangebot vor Ort zu schaffen. Verwandte Ausbildungsberufe sollen an einem Standort gebündelt und zu Kompetenzzentren zusammengefasst werden können. Die Belange kleinerer Berufsschulstandorte werden dabei besonders berücksichtigt. Diesen Prozess wird der Wetteraukreis aktiv unterstützen.

Der zunehmenden Digitalisierung der Arbeitswelt trägt die Koalition Rechnung, indem sie die dafür erforderliche Ausstattung an Hard- und Software bereitstellt und regelmäßig bedarfsgerecht aktualisiert.

Da der Fachkräftebedarf der Kommunen im Bereich der Kinderbetreuung enorm ist, setzt die Koalition sich dafür ein, für Erzieherinnen und Erzieher angemessene Ausbildungskapazitäten zu gewährleisten und bei Bedarf weiter zu erhöhen.

Hochschule als Innovationsmotor

Die Koalition bekennt sich zum Wetteraukreis als Hochschulstandort. Die Technische Hochschule (THM) in Friedberg ist eine wichtige Institution zur Ausbildung künftiger Fachkräfte und Motor wirtschaftlicher Innovation. Die Einrichtung eines dualen Studiums („Studium Plus“) am Standort Bad Vilbel wird von der Koalition begrüßt. Solche Kooperationen wirken sich positiv auf die Wirtschaft im Wetteraukreis aus.

Die THM soll weiterhin in die Konzepte des Kreises zur Regionalentwicklung und Wirtschaftsförderung einbezogen werden.

Gleichzeitig wird die Koalition gute Rahmenbedingungen für die Hochschule und ihre Studierenden schaffen.

Volkshochschule - moderne Erwachsenenbildung sichern

Bildung bedeutet lebenslanges Lernen. Die Koalition schätzt daher die Volkshochschule (vhs) als wichtigen Faktor der Erwachsenenbildung im Wetteraukreis. Die vhs steht für bezahlbare und wohnortnahe Bildungsangebote für alle Bürgerinnen und Bürger im Landkreis. In einer schnelllebigen Arbeitswelt setzt sich die Koalition dafür ein, dass die vhs ein zeitgemäßes Angebot vorhält, das sowohl klassische als auch digitale Kurse anbietet. Ihr kreatives und qualitativ breitgefächertes Angebot soll auch weiterhin als Bildungsangebot für den gesamten Wetteraukreis erhalten bleiben.

Die Koalition steht dafür ein, dass die Grundversorgung an Bildung auch künftig flächendeckend gesichert ist. Weiterbildungszugänge sollen erleichtert und Integration, Inklusion, Teilhabe sowie Chancengerechtigkeit nachhaltig gefördert werden.

Außerschulische Bildung stärken

Kompetenzen für soziale, kulturelle und politische Teilhabe erwerben Kinder und Jugendliche nicht nur in der Schule. Deshalb ist es das Ziel der Koalition, die außerschulische Bildung als eigenständige Bildungssäule neben Kita, Schule und Hochschule zu fördern. Hierbei kommt der Zusammenarbeit mit außerschulischen Partnern und Akteuren eine besondere Bedeutung zu.

Die Koalition unterstützt die außerschulische kulturelle (Jugend-)Arbeit, wie sie in den vielfältigen kulturellen Zentren, Projekten und Vereinen stattfindet. Einen besonderen Beitrag leisten für die Förderung von Kreativität, Ästhetik und musikalische Bildung die Wetterauer Musik- und Kunstschulen. Diese wird die Koalition weiterhin unterstützen.

Zielgruppen der außerschulischen Bildung sind sowohl Jugendliche als auch Erwachsene. Bildungsprojekte wie die „Dorf-Akademie Wetterau/Oberhessen“ sind wichtige Unterstützungsstrukturen für viele vor Ort engagierte Menschen in den Dörfern der LEADER-Region Wetterau/Oberhessen. Die Koalition begrüßt die vielfältigen Qualifizierungs- und Bildungsangebote der „Dorfakademie“ und wird das Bildungsprojekt weiterhin fördern.

Politische Bildung ausbauen

Mehr denn je bedarf es der politischen Bildung als Demokratiebildung, sowohl im schulischen als auch im außerschulischen Bereich. Die Koalition wird daher die politische Bildung in der Jugendarbeit und Erwachsenenbildung weiter ausbauen. Mit diesem Ziel werden entsprechende Angebote der vhs vorgehalten, zivilgesellschaftliche Akteure aktiv eingebunden und Projekte an Schulen wie z. B. „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ weiter unterstützt.

Der Besuch von Wetterauer Schulen in Gedenkstätten des nationalsozialistischen Terrors und Gedenkstätten der SED-Diktatur soll auch künftig finanziell gefördert werden. Die Koalition wird die Mittel in diesem Bereich um 50 Prozent erhöhen.

Für die Demokratieförderung und die Präventionsarbeit gegen Rechtsextremismus und Extremismus wird sich die Koalition weiterhin engagiert einsetzen. Das Bundesprogramm „Demokratie leben!“ wird daher auch weiterhin umgesetzt.

Politische und historische Bildung sind die Voraussetzung für das Verständnis politischer und sozialer Prozesse und die Entwicklung politischer Urteilsfähigkeit. Dies fördert Partizipation in einer Demokratie und ist das beste Mittel gegen extremistische Tendenzen. Daher setzt sich die Koalition dafür ein, dass Schülerinnen und Schüler im Laufe ihrer Schullaufbahn kommunalpolitische Institutionen in Gemeinde, Stadt oder Landkreis kennenlernen.

Mobilität und Schule gehören zusammen

Im Bereich der Schülerbeförderung wird die Koalition einen neuen Weg einschlagen. Ziel ist es, Jugendliche an die selbstverständliche Nutzung des ÖPNV heranzuführen. Die Koalition wird daher in einem dreijährigen Pilotprojekt, beginnend mit dem Schuljahr 2023/24, für die Schülerinnen und Schüler der Sekundarstufe II und der Beruflichen Schulen ein kostenfreies Schülerticket (365-Euro-Ticket) einführen, das in ganz Hessen genutzt werden kann. Hierzu wird die Koalition zügig die Verhandlungen mit den zuständigen Verkehrsverbänden aufnehmen.

Weiterhin wird sich die Koalition auf den übergeordneten politischen Ebenen dafür einsetzen, dass die Entfernung zwischen Wohnort und Schule nicht mehr darüber entscheidet, ob das Schülerjahresticket erstattet wird oder nicht. Die Koalition will, dass dieses Ticket allen Schülerinnen und Schülern auf Antrag zur Verfügung gestellt wird, unabhängig davon, wie weit weg der Weg zur Schule ist. Dafür sollen hessenweit einheitliche und kreisübergreifende Regelungen gefunden werden.

Die Koalition legt außerdem großen Wert auf den sicheren Umgang von Kindern und Jugendlichen im Straßenverkehr. Einen besonderen Stellenwert genießt dabei die Radfahrausbildung der Grundschülerinnen und -schüler in den Jugendverkehrsschulen. Der Wetteraukreis soll sich gegenüber dem Regionalen Verkehrsdienst der Polizei, der Verkehrswacht und dem Staatlichen Schulamt für eine Intensivierung der Fahrradausbildung in Grundschulen einsetzen. Die Koalition begrüßt es, wenn sich weitere Schulen dafür entscheiden, „Bike-Schools“ zu werden.

SOZIALES, BEZAHLBARER WOHNRAUM UND GESUNDHEIT

Bezahlbaren Wohnraum schaffen

Bezahlbarer Wohnraum ist ein zentrales soziales Grundbedürfnis. Die fehlende Verfügbarkeit von bezahlbarem Wohnraum ist für viele Menschen ein drängendes Problem und betrifft auch den Wetteraukreis.

Mit der Gründung der Wohnungsbau- und -fördergesellschaft im Wetteraukreis mbH hat die Koalition ein wichtiges Instrument zur Schaffung und Förderung von bezahlbarem Wohnraum geschaffen. Ziel der Gesellschaft ist, in Zusammenarbeit mit den beteiligten Städten und Gemeinden die hierfür erforderlichen Ressourcen zu bündeln und günstiges Bauen unter Berücksichtigung ökologischer und sozialer Standards zu ermöglichen. Hierzu gilt es in den Kommunen, Baulücken zu schließen, die Ortskerne zu stärken und neue Baugebiete auszuweisen. Die Gesellschaft wird zur Erfüllung ihrer Aufgabe Wohngebäude errichten, Fördermittel beschaffen und vergeben, Förderanträge für den Wetteraukreis und die beteiligten Kommunen bearbeiten sowie Beratungsleistungen erbringen.

Die Koalition wird bei den Kommunen aktiv für den Beitritt zur Wohnungsbau- und -fördergesellschaft werben und die Gesellschaft bei ihrer wichtigen Aufgabe für die Menschen im Wetteraukreis unterstützen, um sie nachhaltig zum Erfolg zu führen.

Sozialplanung und Sozialbudget sichern

Die Sozialpolitik soll helfen, konkrete Notlagen zu überwinden. Die Koalition bekennt sich zu einer präventiven Sozialpolitik. Selbsthilfekräfte müssen durch Beratung und, wenn nötig, Begleitung und Betreuung aktiviert und unterstützt werden.

Hierzu bedarf es einer integrierten Jugendhilfe- und Sozialplanung. Die Teilpläne „Leben im Alter“, „Jugendhilfe“ und „Inklusion“ sind Bestandteile dieser Planung. Die entsprechenden Fachausschüsse, Fachbeiräte und Kommissionen begleiten die Planung. Über ihre Umsetzung wird in diesen Gremien regelmäßig berichtet.

Die Koalition hat in der vorherigen Wahlperiode ein Sozialbudget eingerichtet, welches auch weiterhin ausreichend zur Verfügung stehen wird. Darin werden alle dort aufgeführten Beratungs- und Betreuungsleistungen sowie vorhandene Hilfsprojekte im Bereich Sozialhilfe und Jugendhilfe für die Dauer der Wahlperiode abgesichert. Ziel ist es, den Sozialverbänden, Verbänden der freien Wohlfahrt, Einrichtungen und Institutionen Verlässlichkeit und Planbarkeit zu garantieren.

Soziales Netz, Zusammenarbeit mit freien Trägern und Verbänden sowie Ehrenamt stärken

Der Wetteraukreis verfügt über ein gut ausgebautes Netz sozialer Hilfen. Dieses soll erhalten und, wo nötig, ausgebaut werden. Wichtige Bestandteile dieses Netzes sind örtliche und freie Träger, Wohlfahrtsverbände, Vereine und Kirchen.

Der Jugendhilfeausschuss ist nach § 71 SGB VIII ein bunderechtlich konstituiertes Kommunalorgan. Deshalb will die Koalition bewährte Strukturen der Wohlfahrtspflege erhalten, aber auch, wo nötig, an sich verändernde Rahmenbedingungen anpassen. Insbesondere soll die Zusammenarbeit mit den Verbänden der freien Wohlfahrtspflege und der Liga der Freien Wohlfahrtspflege e.V. intensiviert werden und ein regelmäßiger Dialog stattfinden. Ziel ist ein verlässliches Fördersystem, in dem die freien Träger mittel- und langfristig ihre Arbeit fortentwickeln können.

Die Koalition wird gemäß dem Prinzip der Subsidiarität die Aufgabenfelder der Jugend- und Sozialhilfe daraufhin überprüfen, ob sie von freien Trägern im entsprechenden Umfang besser durchgeführt werden können.

Neue und bestehende Leistungsverträge sind mit konkreten Zielvereinbarungen zu unterlegen und kontinuierlich und transparent zu evaluieren. Wenn die Neuvergabe von sozialen Dienstleistungen ansteht, sind diese, soweit rechtlich gefordert, in einem transparenten Verfahren auszuschreiben. Es gelten die im Abschnitt „Wirtschaftsförderung“ formulierten Ausschreibungsgrundsätze.

Zusätzlich ist eine verstärkte Netzwerkarbeit im ehrenamtlichen Jugend- und Sozialbereich von großer Bedeutung und soll weiter ausgebaut werden.

Ziel der Koalition ist es, die bereits vorhandene Ehrenamtskarte sowie die Jugendleitercard (Juleica) durch erweiterte Angebote, auch mit Hilfe der Kommunen, attraktiver zu machen. Hierzu wird durch entsprechende Informationen bei den zahlreichen Vereinen im Wetteraukreis geworben.

Sportförderung und Kreiszuschüsse für eine gute Kinder- und Jugendarbeit an Vereine, Sozialverbände und Kirchen sind Teil des Sozialbudgets.

Verlässliche Sportförderung

Als Verfassungsziel genießt auch der Sport den besonderen Schutz und die Förderung des Staates und damit auch des Wetteraukreises. Sport bringt Menschen zusammen und stärkt damit den Zusammenhalt in der Gesellschaft. Ein besonderes Anliegen der Koalition ist es, gute Rahmenbedingungen für die Sportvereine gemeinsam mit den Städten und Gemeinden zu schaffen. In Zusammenarbeit mit dem Sportbeirat und dem Sportkreis soll die Sportprojektförderung des Wetteraukreises weiterhin so gestaltet werden, dass sie die Arbeit der Sportvereine unterstützt.

Moderne Sportstätten sind eine wesentliche Voraussetzung für ein funktionierendes Vereinswesen. Der Wetteraukreis ist als Schulträger Eigentümer von rund 75 Sport- und Turnhallen sowie Außen-

sportanlagen. Die Koalition steht dafür, dass die kreiseigenen Sportstätten nach Schulschluss den ortsansässigen Vereinen zur unentgeltlichen Nutzung zur Verfügung stehen. Mit einer neuen Satzung wurde der Zugang für die Vereine zu kreiseigenen Sportanlagen erheblich erleichtert und die Nutzungszeiten wurden ausgeweitet. Bei Sporthallenprojekten soll eine Kooperation von Kreis und Kommunen auch weiterhin möglich sein, um Hallenkapazitäten für den Vereinssport zu sichern.

Sozialpolitik für Kinder, Jugendliche und Familien

Kinder sind unsere Zukunft. Daher gebührt ihnen und ihren Familien die beste Betreuung, Bildung und Fürsorge.

Die Koalition bekennt sich zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Deshalb wird sie sich dafür einsetzen, dass ausreichend viele und gut ausgestattete Betreuungs- und Ganztagsplätze in Kitas und Schulen angeboten werden. Im Einzelnen heißt das:

- a) ein bedarfsgerechtes Tagesangebot an U-3-Plätzen oder Tagespflegeplätzen sowie an Kita-Plätzen für 3- bis 6-jährige sowie
- b) ein bedarfsgerechtes Tagesangebot an Ganztagschulen oder schulischen Betreuungsplätzen.

Die Betreuungsangebote sollen koordiniert und die Zusammenarbeit von Kindergärten, Jugendhilfe und Schulen unter anderem zur frühkindlichen Förderung verstärkt werden.

Die Koalition betrachtet die U-3-Betreuung und Tagespflege als gleichrangige Angebote. Mit der Verabschiedung der neuen Regelungen zur Kindertagespflege hat die Koalition die hohe Bedeutung dieser Leistungen dokumentiert und wird auch weiterhin erhebliche Haushaltsmittel in diese Form der Betreuung investieren. Die regelmäßige Evaluierung der Kindertagespflegesatzung unterstützt eine bestmögliche Zielerreichung.

Im Bereich der Jugendhilfe will die Koalition vorrangig und bedarfsgerecht auf Präventionsarbeit und ambulante Hilfen setzen. Deshalb wird die Präventionsarbeit ausgebaut. Ein wesentliches Angebot hierbei ist die Unterbringung in Pflegefamilien. Die Koalition wird die entsprechenden Leistungsverträge und das zugrundeliegende Konzept prüfen und im Hinblick auf eine angemessene Anerkennung der Leistungen von Pflegeeltern, unter anderem von Bereitschaftspflegeeltern, gestalten.

Die Koalition strebt eine aktivere Beteiligung und passgenaue Hilfe für junge Menschen und Familien sowie einen effizienteren und effektiveren Einsatz der finanziellen Mittel im Jugendhilfebereich an. Hierzu muss verstärkt mit den Jugendlichen vor Ort sozialraumbezogen gearbeitet werden. Kinder und Jugendliche sind an entsprechenden Projekten zu beteiligen. Hierfür sind entsprechende Mittel über das Sozialbudget bereitzustellen. Die Fachstelle Jugendarbeit wird gemeinsam mit Kindern und Jugendlichen über die Antragstellung und Vergabe der Mittel entscheiden. Hierbei sind bereits vorhandene Jugendstrukturen wie z.B. der Kreisjugendring, örtliche Jugendbeiräte und die örtliche Jugendpflege einzubeziehen.

Die Koalition wird die präventive Jugendarbeit stärken. Hierzu wird die Koalition separate Mittel im Sozialbudget einstellen, um diese Jugendarbeit wohnortnah in den im Wetteraukreis zur Verfügung stehenden Jugendherbergen, Jugendgästeeinrichtungen und Jugendräumen anbieten und ausrichten

zu können. Mit diesen Mitteln soll ein Kontingent an Veranstaltungsmöglichkeiten und Veranstaltungsorten im Wetteraukreis zur Verfügung stehen.

Die Koalition begrüßt das Kaufinteresse der Stadt Butzbach am Jugendgästehaus Hubertus mit deren Ziel, dieses unter anderem auch für Jugendarbeit, Jugend- und Erwachsenenbildung wiederzueröffnen. Grundsätzlich befürwortet die Koalition diesen Wunsch der Stadt Butzbach. Sollte mit der Stadt Butzbach kein Kaufvertrag zustande kommen, erhalten andere öffentliche Träger bei Kaufinteresse Vorrang vor einer freihändigen Veräußerung ohne Vorgaben für eine spätere Nutzung.

Die Jugendhilfeplanung des Wetteraukreises hat unter Beteiligung von Verbänden, Institutionen und Kommunen entsprechend den vorgenannten Zielen stattzufinden. Sie soll vor allem ortsnahe, präventive und regionalbezogene ambulante Maßnahmen im Blick haben. Für eine erste Einschätzung wird die Koalition in einem ersten Schritt eine Bestandaufnahme vornehmen. Nach Auswertung der Ergebnisse sollen besonders geeignete Angebote einzelner Städte und Gemeinden durch den Kreis gefördert werden, um andere Städte und Gemeinden zu motivieren, diese ebenfalls anzubieten. Hierzu findet eine permanente Evaluation der Angebote statt.

Die Koalition ist sich einig, dass die Ehe- und Familienberatung im Wetteraukreis als freiwillige Leistung erhalten bleibt und in das Sozialbudget aufgenommen wird. Es soll ein Leistungskatalog erarbeitet werden und anhand dessen eine Ausschreibung erfolgen.

Die Einrichtung eines Verhütungsmittelfonds in Form von Sachmitteln innerhalb des Sozialbudgets soll die Arbeit der Freien Träger unterstützen und aufwerten. Hiermit wird Frauen mit einem geringen Einkommen eine Kostenübernahme für Verhütungsmittel ermöglicht.

Gesundheitsversorgung zukunftsfähig ausrichten

Eine wohnortnahe und qualitativ hochwertige stationäre und ambulante medizinische Versorgung ist unverzichtbarer Bestandteil der Zukunftsfähigkeit des Wetteraukreises und seiner Städte und Gemeinden. Oberstes Ziel ist es, eine haus- und fachärztliche Versorgung vor Ort, insbesondere auch im ländlichen Raum, sicherzustellen.

Die Koalition unterstützt daher Maßnahmen wie einen Medibus, das Hausbesuch-Delegationskonzept VERAH® und Telemedizin-Möglichkeiten. Hierfür strebt die Koalition eine partnerschaftliche Zusammenarbeit mit der Kassenärztlichen Vereinigung (KV) an, um dem zukünftigen Bedarf vor Ort zu bestmöglich gerecht zu werden.

Die Koalition bekennt sich zur öffentlich-rechtlichen Trägerschaft des Gesundheitszentrums Wetterau (GZW) mit seinen medizinischen Angeboten an mehreren Standorten. Zur langfristigen Sicherstellung einer optimalen Gesundheitsversorgung durch die Kliniken in kommunaler Trägerschaft wird die Koalition die Suche nach weiteren kommunalen Partnern unterstützen, um durch Kooperationen mit anderen Kliniken in angrenzenden Landkreisen die qualitativ hochwertige Gesundheitsversorgung zu stärken und gegebenenfalls auszubauen.

Die Koalition will, dass das GZW auch zukünftig nach medizinischen Erfordernissen ausgestattet wird. Notwendige Baumaßnahmen werden daher mit Hilfe von Fördermitteln des Landes umgesetzt und in

dieser Wahlperiode in einen Um- und Ausbau des Hochwaldkrankenhauses investiert. Auch der Wetteraukreis wird hierfür eigene Mittel bereitstellen.

Für eine ortsnahe Gesundheitsversorgung ist eine gute Vernetzung des Gesundheitszentrums Wetterau mit den niedergelassenen Haus- und Fachärzten erforderlich. Diese kann durch neue Medizinische Versorgungszentren (MVZ) oder Gemeinschaftspraxen weiterentwickelt werden.

Die Koalition wird den Standort der Krankenpflegeschule (Theodora-Konitzky-Akademie) in Kooperation mit der Kerckhoff-Klinik sichern und ausbauen.

Die Koalition spricht sich für die Sicherung der Geburtshilfe des GZW am Hochwaldkrankenhaus und eine flächendeckende Hebammenversorgung im Wetteraukreis aus. Deshalb setzt sie sich dafür ein, dass sich weitere Hebammen im Wetteraukreis niederlassen. Die Zusammenarbeit der niedergelassenen Hebammen mit dem GZW wird gefördert.

Die psychotherapeutische und psychiatrische Versorgung von Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen bedarf im gesamten Wetteraukreis einer Verbesserung durch einen bedarfsgerechten Ausbau.

Der Wetteraukreis ist Mitglied im Förderverein Hospiz Wetterau. Er unterstützt die Initiative, am Standort Bad Nauheim ein stationäres Hospiz zu errichten und zu betreiben.

Die Koalition wird wohnortnahe ambulante Palliativangebote und Hospizdienste besonders unterstützen.

Diversität, Inklusion und Integration voranbringen

Die Koalition steht für eine vielfältige, diverse Gesellschaft im gesamten Wetteraukreis. Diese wird sie mit der Bildung eines Diversitäts- und Inklusionsbeirates durch eine breite Beteiligung aller Interessengruppen stärken.

Die Koalition will die Grundsätze der Inklusion von Menschen mit Behinderung oder Beeinträchtigung in allen Lebensbereichen verwirklichen und so die UN-Behindertenrechtskonvention im Wetteraukreis umsetzen.

Der Wetteraukreis wird weiter konsequent das Bundesteilhabegesetz (BTHG) umsetzen und eng mit dem überörtlichen Sozialhilfeträger Landeswohlfahrtsverband (LWV) im Sozialraum zusammenarbeiten, der künftig mit eigenem Personal Menschen mit Behinderung vor Ort begleiten wird. Diese Zusammenarbeit erfolgt zukünftig in unmittelbarer räumlicher Nähe zu den betroffenen Fachstellen.

Die Koalition stimmt darin überein, den vorliegenden Entwurf des „Aktionsplanes Inklusion“ weiter zu überarbeiten, damit er als Leitlinie für die Umsetzung dienen kann. Der Teilhabe von Menschen mit Behinderung wird weiterhin große Bedeutung zugemessen. Zur fachgerechten Koordinierung setzt sich die Koalition für die Schaffung einer festen Ansprechpartnerin bzw. eines festen Ansprechpartners in der Verwaltung ein.

Die Koalition sieht die Zuwanderung und Integration von Flüchtlingen als eine bedeutende Herausforderung und als ihre humanitäre und demokratische Verpflichtung an. Sie steht daher für die Aufgabe ein, Flüchtlinge, die dem Kreis zugewiesen werden, entsprechend den geltenden Regelungen aufzunehmen, sie unterzubringen und integrative Maßnahmen zu gewährleisten. Ziel ist es, eine erfolgreiche Integration in den Kommunen vor Ort zu erreichen. Nach den Prinzipien des Förderns und Forderns setzt sich die Koalition dafür ein, die geschaffenen Integrationsprojekte, -wege und -instrumente bedarfsgerecht weiterzuentwickeln.

Die Koalition lässt keine Ausgrenzung geflüchteter Menschen zu und nutzt alle ihr zur Verfügung stehenden Möglichkeiten, um solchen Tendenzen zu begegnen.

Seit 2019 werden die Flüchtlingsunterkünfte in den 25 Kommunen sukzessive vom Wetteraukreis übernommen. Die Koalition ist sich einig, dass die Unterbringung von geflüchteten Menschen auch weiterhin dezentral erhalten und, soweit erforderlich, ausgebaut werden muss, um den Integrationserfolg zu gewährleisten. Die Koalition begrüßt, dass damit die Belegung aus einer Hand gesteuert wird und die Bedingungen vereinheitlicht werden. Dadurch werden die Kommunen weiterhin deutlich entlastet.

Leben im Alter aktiv gestalten

Seniorinnen und Senioren gehören in die Mitte der Gesellschaft. Ihre Anliegen und Probleme aufzunehmen, ist eine wichtige Aufgabe für die Koalition. Dabei spielen abgestimmte Angebote für Freizeit, Kultur und Bildung eine zentrale Rolle. Um dies zu gewährleisten wurde eine eigene Fachstelle „Leben im Alter“ in der Kreisverwaltung geschaffen.

Ältere Menschen brauchen oft zusätzliche Hilfen. Daher werden bedarfsgerechte Angebote an ambulanten, beratenden und stationären Einrichtungen benötigt.

Die Koalition wird sich insbesondere auch für die Schaffung ausreichender und vielfältiger altersgerechter Wohnformen vor Ort einsetzen. Deshalb wird das Thema „Leben im Alter“ zu einem eigenständigen Teil der Sozialplanung und -berichterstattung.

Die Tagespflege und die erfolgreiche Pflegestützpunktarbeit sollen weiter gestärkt und ausgebaut werden. Hierzu zählt auch der Beitritt zur Charta der Familien-Pflegeberufe. Mit ihrer Unterzeichnung soll ein Arbeitsumfeld geschaffen werden, in dem die Pflege der Angehörigen respektiert und unterstützt wird.

Die Etablierung weiterer Pflegestützpunkte im Wetteraukreis wird angestrebt.

Integration in die Arbeitswelt fördern

Die Koalition macht sich dafür stark, dass Hilfen für Menschen ohne Arbeit oder Ausbildung gezielt und effektiv eingesetzt werden, damit diese schnell wieder in Arbeit kommen.

Die Koalition will für langzeitarbeitslose Menschen, insbesondere solche mit Vermittlungshindernissen, aber auch für Menschen mit Behinderung, geeignete Aktivierungsmaßnahmen weiterentwickeln. Deshalb wird sie verstärkt bei öffentlichen und privaten Arbeitgebern und ihren Verbänden dafür werben, dass mehr Arbeitsplätze zur Verfügung gestellt werden.

Durch die Corona-Pandemie wird der gesamte gesellschaftliche Sektor eine Veränderung erfahren. Der Arbeitsmarkt erfordert passgenaue Angebote für Menschen, die durch das Pandemiegeschehen ungewollt und unverschuldet in den Bezug von Leistungen des SGB II gelangt sind.

Geschlechtergerechtigkeit stärken

Die Koalition setzt sich für die Gleichstellung von Frauen und Männern in allen Bereichen ein. Noch bestehende Ungleichheiten sind zu beseitigen.

In der Kreisverwaltung wird jährlich ein Girls- und Boys Day stattfinden.

Auf die speziellen Herausforderungen von Mädchen und Frauen sowie Jungen und Männern soll mit jeweils gezielten Projekten eingegangen werden.

Der Frauenförderplan wird fortgeschrieben.

Frauenbildungsprojekte und Frauennetzwerke werden weiterhin finanziell unterstützt. Die Förderungen werden in das Sozialbudget aufgenommen.

Der Fachdienst „Frauen und Chancengleichheit“ wird sich besonders um die Belange geflüchteter Frauen und Mädchen kümmern.

Die Koalition setzt sich auch in der Zukunft verstärkt für Gewaltprävention und für entsprechende Schutzmaßnahmen ein und wird alle Akteure in diesem Bereich mit ihren Angeboten weiter unterstützen. Dies betrifft selbstverständlich auch die Nothilfe für geflüchtete Frauen.

Die Koalition steht für die Umsetzung der Istanbul-Konvention und der „Charta für Gleichstellung“.

Sicherheit für die Menschen im Wetteraukreis

Sicherheit und Ordnung sind wichtige Rahmenbedingungen für eine hohe Lebensqualität. Beides zu gewährleisten ist zum einen Aufgabe der Verwaltung etwa in den Bereichen Prävention, Jugendarbeit, Jugendschutz und Ordnungsrecht und zum anderen Aufgabe der Polizei. Die Koalition setzt sich daher für eine leistungsfähige Sozial- und Ordnungsverwaltung im Wetteraukreis und eine bedarfsgerechte Personalausstattung aller Polizeistationen ein.

Der Wetteraukreis verfügt über eine vorbildliche und gut integrierte Struktur der nicht polizeilichen Gefahrenabwehr. Rund 4.000 ehrenamtliche Einsatzkräfte in etwa 150 Freiwilligen Feuerwehren tragen rund um die Uhr zur Sicherheit der Menschen im Wetteraukreis bei. Feuerwehr, DLRG, Rettungsdienstorganisationen und Katastrophenschutz leisten mit ihren vielen freiwilligen Helferinnen und Helfern einen unverzichtbaren Beitrag für die Gesellschaft. Diese ehrenamtliche Tätigkeit, bei der sie nicht nur ihre Gesundheit, sondern nicht selten auch ihr Leben riskieren, verdient allerhöchste Wertschätzung und Respekt. Verbalen und tätlichen Übergriffen gegenüber haupt- und ehrenamtlichen Sicherheitskräften tritt die Koalition entschieden entgegen.

Die Koalition versteht sich im Zusammenspiel mit den kreisangehörigen Städten und Gemeinden als verlässlicher Partner der ehrenamtlichen Kräfte der Feuerwehren, der DLRG, des Rettungsdienstes und des Katastrophenschutzes und will den hohen Stellenwert dieser Ehrenamtsarbeit für die Sicherheit der Kreisbevölkerung weiter im öffentlichen Bewusstsein verankern. Der 2018 aufgestellte Bedarfs- und Entwicklungsplan für den Brandschutz, den Katastrophenschutz und die Allgemeine Hilfe im Wetteraukreis gibt Planungssicherheit sowie eine verbindliche Perspektive. Die Koalition wird kontinuierlich in die Ausbildung und Ausrüstung der Freiwilligen Feuerwehren investieren. Sie sieht sich zudem in der besonderen Verantwortung, die Nachwuchsarbeit der Freiwilligen Feuerwehren gezielt zu unterstützen. Besondere Bedeutung kommt dabei zum einen der Brandschutzerziehung in Kindergärten und Schulen zu, zum anderen ist von außerordentlicher Bedeutung, die Begeisterung der Jüngsten für die Kinderfeuerwehr zu wecken und zu fördern und sie so frühzeitig als Nachwuchs für die freiwilligen Einsatzkräfte zu gewinnen.

Die Leitstelle des Wetteraukreises hat eine zentrale Bedeutung in der Koordination der Rettungsdienste, der Feuerwehren, der DLRG und des Katastrophenschutzes. Die Koalition wird dafür Sorge tragen, dass die Leitstelle mit ausreichend Personal und modernster Technik ausgestattet bleibt. Auch die Vorhaltung eines ausreichenden Bestands an Atemschutzmasken und Schutzkleidung sowie aktuelle Pandemiepläne und Hygienekonzepte sind für die Koalition selbstverständliche Voraussetzungen eines wirksamen Katastrophenschutzes.

REGIONALENTWICKLUNG, UMWELT, MOBILITÄT UND WIRTSCHAFT

Klimaschutz vorantreiben

Klimaschutz geht alle an. Klimaschutz und die damit verbundenen Herausforderungen sind zwar von globalem Ausmaß, diesen Herausforderungen muss jedoch zugleich regional und lokal begegnet werden, indem versucht wird, die negativen Auswirkungen zu minimieren und die positiven als Chance zu begreifen. Weil das eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe ist, sieht die Koalition den Klimaschutz als Querschnittsaufgabe.

Ob Energieeinsparung, Energieeffizienz oder die Gewinnung von Energie mit Hilfe regenerativer Energieträger: all diese Aufgabengebiete können hier vor Ort gestaltet werden. Dabei bietet die Koalition auch einen intensiven Dialog mit Akteursnetzwerken an, die sich für eine ökologische, sozial und ökonomisch gerechte sowie lokal und global tragfähige Entwicklung des Wetteraukreises einsetzen.

Die Koalition nimmt ihre Verantwortung ernst und hat bereits wesentliche Weichenstellungen vorgenommen. Unter anderem hat sie ein umfangreiches Klimaschutzkonzept für den Wetteraukreis auf den Weg gebracht. Der Wetteraukreis soll danach analog zu den Vorgaben des Bundes in seinen kreiseigenen Liegenschaften bis zum Jahr 2030 mindestens 55 Prozent CO₂-Emissionen (Bezugsjahr 1990) einsparen. Zusätzlich wurden im Rahmen der neu definierten Klimaschutzziele unter anderem konkrete Maßnahmen für den Einsatz Erneuerbarer Energien festgelegt sowie Maßnahmen im Bereich der energetischen Sanierung, der Heizungsmodernisierung und der effiziente Einsatz von Beleuchtungstechnik beschlossen. Zum Zweck des Erfahrungsaustauschs und Wissenstransfers setzt sich die Koalition parallel hierzu für eine weitere Vernetzung mit anderen Kommunen und Organisationen im Bereich des Klimaschutzes ein. Die Gründung des kommunalen Energieeffizienz-Netzwerks mit Kommunen im Gebiet des Zweckverbandes Oberhessische Versorgungsbetriebe (ZOV) begrüßt die Koalition ebenso wie die Mitgliedschaft bei „Hessen aktiv: Die Klima-Kommunen“, einem Bündnis hessischer Städte, Gemeinden und Landkreise für den Klimaschutz.

Dieses Konzept wird die Koalition umfassend und ganzheitlich weiterentwickeln und den Weg zu einem CO₂-neutralen Leben gestalten. Dazu nutzt die Koalition u.a. das bestehende hessenweite Solarkataster, setzt sich für die Vernetzung der bestehenden Energieberatungsstellen auf Landes-, Gemeinde- und Versorgungsebene ein, bindet das Geoinformationssystem des Wetteraukreises ein und wird mit der in Gründung befindlichen Wohnungsbau- und -fördergesellschaft mit gutem Beispiel vorangehen. Die Energieeffizienz kreiseigener Gebäude wird die Koalition im Rahmen von Sanierungen und Neubauten steigern, z. B. durch die Nachrüstung von Photovoltaik- und Solarthermie-Anlagen, soweit das technisch möglich und wirtschaftlich nachhaltig ist. Innovative Projekte von Vorhabenträgern wie beispielsweise Nahwärme und -kälte oder Wasserstoffanlagen werden unterstützt. Entsprechend dem Klimaschutzkonzept wird die Koalition bei kreiseigenen Planungen die Klimaauswirkungen prüfen und gegebenenfalls Alternativen suchen. Alle genannten Maßnahmen illustrieren die Vorreiterfunktion des Wetteraukreises beim Klimaschutz.

Ein Klimaschutzbericht inklusive geeigneter Maßnahmen zur CO₂-Reduktion soll auch künftig im zwei-jährigen Turnus vorgelegt werden.

Bei anstehenden Bau- und Sanierungsarbeiten auf zentralen Liegenschaften der Kreisverwaltung wird sich die Koalition für Abstellplätze mit elektrischer Ladeinfrastruktur einsetzen, soweit dies technisch möglich und wirtschaftlich nachhaltig ist.

Wo Windkraft im Wetteraukreis genutzt werden kann, regelt seit Februar 2020 der Sachliche Teilplan Erneuerbare Energien 2019 (TPEE), der den Regionalplan Südhessen / Regionaler Flächennutzungsplan 2010 um das Thema Erneuerbare Energien ergänzt. Der Plan legt unter anderem fest, wo künftig noch Windkraftanlagen errichtet werden können („Vorranggebiete“) und wo nicht („Ausschlussraum“). Die Koalition begrüßt, dass es gelungen ist, klare und transparente Regeln aufzustellen und so Planungssicherheit für alle Beteiligten zu schaffen. Bei der Vergabe von Flächen darf nicht der maximale Ertrag an erster Stelle stehen, sondern muss der lokalen Wertschöpfung, also den lokalen Akteuren wie zum Beispiel der OVAG als kommunalem Unternehmen oder örtlichen Energiegenossenschaften, ein deutlich größeres Gewicht eingeräumt werden. Zudem braucht es eine stärkere interkommunale Kooperation, gerade bei Windkraftanlagen.

Naturschutz stärken

Der einzigartige Charakter der Landschaft im Wetteraukreis ist geprägt durch den fließenden Wechsel von Wäldern, Feldern und Streuobstwiesen, den Auwiesen in Flussniederungen sowie vielfältigen Erhebungen. Der Umwelt- und Naturschutz zur Erhaltung dieser Vielfalt spielt neben dem Klimaschutz eine wichtige Rolle und gelingt insbesondere in Zusammenarbeit mit den vielfältigen und starken Umweltinitiativen, Naturschutzverbänden und Initiativen der Nachhaltigkeit sowie der Umweltwerkstatt.

Aktuell gibt es im Wetteraukreis 41 Naturschutzgebiete mit einer Gesamtfläche von rund 1.700 Hektar. Darüber hinaus zeichnet sich die Wetterau durch sieben großräumige Landschaftsschutzgebiete, drei europäische Vogelschutzgebiete nach EU-Vogelschutzrichtlinie sowie zahlreiche FFH-Gebiete aus. Die Koalition will die vielfältigen Naturräume im Wetteraukreis erhalten und schützen. Die wertvollen Biotope brauchen Pflege, die oft durch ehrenamtliches Engagement vieler Menschen erbracht wird. Sie kennen die Flora und Fauna vor Ort, besitzen viel Fachwissen und sind daher ein wichtiger Bestandteil für den aktiven Naturschutz, der durch die Wetterauer Naturschutzbehörde weiterhin unterstützt wird. Die Neuansiedlung von Wildbienen und das Anlegen von Wildwiesen sind beispielsweise wichtige Schritte zum Erhalt der Umwelt und sollen weiterhin gefördert werden.

Eine Besonderheit in der Wetterau ist der 7.400 Hektar große Auenverbund Wetterau. Mit dem Bingenheimer Ried verfügt der Wetteraukreis über einen vogelkundlichen Nist- und Rastplatz mit bundesweiter Bedeutung. Die Entstehung von Aueninformationszentren bei Echzell und Bad Vilbel werden von der Koalition begrüßt. Hier soll eine pädagogische und naturtouristische Begleitung sowie naturschutzangepasste Erlebnisinfrastruktur in Trägerschaft eines Naturschutzverbandes realisiert werden.

Die Auengebiete haben einen besonderen Schutzstatus. Daher setzt sich die Koalition für die Renaturierung der Fließgewässer und einer für die Wetterau standorttypischen Auenstruktur ein. Die Koali-

tion will die Kommunen bei der Erstellung von Maßnahmenplänen zum Gewässerschutz- und zur Gewässerentwicklung fachlich unterstützen und miteinander vernetzen. Ein positiver Effekt der Renaturierung ist hierbei auch in einem verbesserten Hochwassermanagement zu finden und verbessert somit auch direkt die Situation der Menschen vor Ort.

Streuobstwiesen prägen das landschaftliche Bild des Wetteraukreises, insgesamt 200.000 hochstämmige Obstbäume wachsen in der Region. Streuobstwiesen sind der artenreichste Lebensraum in der Kulturlandschaft des Wetteraukreises, aber auch Garant für das Wetterauer Regional-Getränk Apfelwein. Doch durch die Auswirkungen des Klimawandels, Überalterung des Baumbestands und fehlende Pflege droht dieses Kulturgut zu verschwinden. Die Koalition will die Streuobstwiesen im Wetteraukreis erhalten. Durch ein entsprechendes Naturschutzprojekt könnten Fördermittel akquiriert und die engagierten Akteure im Kreis in ihrer wichtigen Arbeit gefördert werden. Der Wetteraukreis soll ein solches Projekt fachlich begleiten und unterstützen. Durch geeignete Maßnahmen soll außerdem die Wahrnehmung des Kulturguts Streuobstwiesen in all seinen Facetten gesteigert werden. Hierfür ist die Vernetzung und Unterstützung aller relevanten Akteure, wie beispielsweise der zahlreichen aktiven Obst- und Gartenbauvereine, notwendig.

Die Koalition steht für eine umfassende Umwelt- und Naturschutzpolitik, die auch die Bedürfnisse der Menschen berücksichtigt. Nur im ständigen Dialog aller Akteure aus Land, Kommunen, der Land- und Forstwirtschaft sowie den Umweltschutzorganisationen und dem ehrenamtlichen Naturschutz können gemeinsam definierte Ziele erreicht werden. Die Koalition betrachtet wirtschaftliche Betätigung in der Natur und Naturschutz nicht als Gegensätze. Land- und Forstwirtschaft sind gelebter Natur-, Umwelt- und Artenschutz, der wesentlich zum Erhalt der vitalen ländlichen Lebensräume beiträgt.

Wasser als wichtigste Ressource schützen

Wasser wird durch die anhalten Dürrezeiten immer knapper. Der Schutz des Grundwassers und die Bereitstellung von sauberem Trinkwasser sind elementare Aufgaben und bedeutende Standortfaktoren für die Entwicklung der Region. Die Ressource Wasser ist lebensnotwendig und muss geschützt werden. Die Versorgung mit Trinkwasser gehört zur Daseinsvorsorge und fällt in den Zuständigkeitsbereich der Kommunen. Weil Wasser das wertvollste Lebensmittel ist, muss die Wasserversorgung auch zukünftig in kommunaler Hand verbleiben. Hier setzt die Koalition auf ein gutes Miteinander der Städte und Gemeinden mit dem Wetteraukreis und den regionalen, kommunalen Wasserversorgern. Maßnahmen zur Wasserbewirtschaftung und -einsparung, besonders in den Sommermonaten, sind dabei wichtig. Das Erstellen kommunaler Wasserkonzepte als vorausschauende Planung zur Wasserversorgung erachtet die Koalition als unverzichtbar. Sie versteht Wasser als öffentliches Gut und achtet auch deshalb auf eine nachhaltige, klimafeste und umweltschonende Wasserversorgung im Wetteraukreis.

Forstwirtschaft unterstützen

Die Wälder sind wichtige Bestandteile der vielfältigen Kulturlandschaft im Wetteraukreis. Sie haben eine große ökologische, ökonomische und soziale Funktion. Alle Funktionen stehen für die Koalition

gleichberechtigt nebeneinander, auch wenn sie in den verschiedenen Kreisteilen unterschiedlich gewichtet werden. Die Koalition bekennt sich deshalb ausdrücklich zu einer multifunktionalen Forstwirtschaft und damit auch zur nachhaltigen Nutzung und Bewirtschaftung des Waldes.

Die Wälder stehen aber vor großen Herausforderungen. Die Koalition wird die Waldbesitzer beim Umbau und beim Aufbau standortgerechter, klimastabiler Mischwälder unterstützen. Dabei ist es wichtig, dass die Wälder von Fachleuten in ausreichender Zahl gepflegt und bewirtschaftet werden.

Die Koalition begrüßt, dass sich viele Kommunen in den Holzverkaufsorganisationen zusammengeschlossen haben. Sollten sich die Kommunen in Zukunft dazu entschließen, diese Organisationen breiter aufzustellen und die Bewirtschaftung zukünftig in diese Organisationen zu übertragen, wird die Koalition sie hierbei unterstützen.

Ein zukunftssicherer Wald kann nur mit angepassten Schalenwildbeständen heranwachsen. Deshalb bekennt sich die Koalition auch ausdrücklich zur Jagd. Hier braucht es ein partnerschaftliches Miteinander aller Akteure aus Forstwirtschaft, Landwirtschaft und Jägerschaft, um den Anforderungen gesunder Wälder und gesunder Wildbestände gerecht zu werden.

Landwirtschaft und Bodenschutz fördern

Nicht umsonst wird der Wetteraukreis als Kornkammer Hessens auch „Goldene Wetterau“ genannt. Der Familienbetrieb ist die typische Betriebsform in der Wetterau. Die Landwirtschaft mit ihren rund 950 Betrieben ist ein bedeutsamer Wirtschaftsfaktor und prägt maßgeblich das Gesicht der Wetterau. Die Landwirtschaft leistet nicht nur einen wesentlichen Beitrag zur Erhaltung und Pflege der Kulturlandschaft, sondern auch zur Herstellung qualitativ hochwertiger und gesunder Lebensmittel. Der Bauernstand ist in der Region nach wie vor unverzichtbar. Die Koalition setzt sich in diesem Kontext für ein nachhaltiges Flächenmanagement ein. Dabei gilt es, den Flächenverbrauch zu minimieren, ohne Entwicklungsmöglichkeiten gänzlich zu verhindern.

Die Herausforderungen an die Landwirtschaft nehmen weiter zu. Die Wetterauer Landwirtinnen und Landwirte müssen mit Angeboten aus aller Welt konkurrieren. Landwirtinnen und Landwirte sind auch Unternehmer und oftmals Arbeitgeber; sie müssen ein positives Betriebsergebnis erwirtschaften und deshalb für ihre Produkte angemessene Preise erzielen können. Die Akzeptanz der Landwirtschaft in der Gesellschaft als elementare Säule für den Erhalt der Kulturlandschaft und die Produktion von Lebensmitteln ist weiter zu stärken. Deshalb ist die Sensibilisierung der Verbraucherinnen und Verbraucher für diese Gegebenheiten wichtig. Die Koalition steht für Wertschätzung und faire Preise für die heimische Landwirtschaft.

Die unternehmerische Tätigkeit der Landwirtinnen und Landwirte hat eine immer größere Bedeutung. Ausbildung, Fortbildung und Beratung sind deshalb von zentraler Bedeutung. Der Fachdienst Landwirtschaft des Wetteraukreises muss über gute Expertise verfügen, um der lokalen Landwirtschaft weiterhin als kompetente Beratungs- und Anlaufstelle dienen zu können. Ergänzt wird das Angebot durch die Beratungsstelle des Landesbetriebs Landwirtschaft Hessen (LLH), die die Koalition dauerhaft im Wetteraukreis erhalten will.

Eine betriebsnahe Ausbildung ist ein unverzichtbarer Bestandteil des für die Wetterau bedeutenden Wirtschaftszweiges. Gut ausgebildete Fachkräfte tragen entscheidend zu einer erfolgreichen und innovativen Landwirtschaft bei. Die Koalition wird deshalb auf allen zuständigen Ebenen für den Erhalt des landwirtschaftlichen Ausbildungszweigs im Wetteraukreis eintreten.

Konventionelle und ökologische Landwirtschaft – es ist die freie Entscheidung einer jeden Landwirtin und eines jeden Landwirts, ob ökologisch oder konventionell gewirtschaftet wird. Die Koalition tritt für ein gleichberechtigtes und von gegenseitigem Respekt getragenes Miteinander der verschiedenen Bewirtschaftungsformen ein. Hierzu gehört eine gleichberechtigte Beratung beider Bewirtschaftungsformen durch den Wetteraukreis. Die Koalition steht für ein Sowohl als auch, und nicht für ein Entweder oder.

Im Rahmen der Modellregion Ökolandbau ist die Zahl der landwirtschaftlichen Ökobetriebe im Wetteraukreis seit 2015 von 40 Betrieben auf 66 Betriebe im Jahr 2019 angewachsen, das entspricht einer Steigerung um 65 Prozent. Die ökologisch bewirtschaftete Fläche hat sich in dieser Zeit nahezu verdoppelt, von 2.700 Hektar im Jahr 2015 auf rund 5.000 Hektar 2019. Das entspricht 9,6 Prozent der gesamten landwirtschaftlich genutzten Flächen im Wetteraukreis. Die Modellregion Ökolandbau wird durch die Koalition weiter positiv begleitet, ohne gleichzeitig die konventionelle Landwirtschaft aus dem Blick zu verlieren. Ziel ist die Ausweitung der ökologischen Erzeugung, die Stärkung der Verarbeitung und Vermarktung biologisch erzeugter Produkte sowie die Sensibilisierung von Verbraucherinnen und Verbrauchern für gesunde und nachhaltige Bio-Lebensmittel und regional erzeugte Produkte.

Die Koalition begrüßt, dass sich immer mehr Betriebe für eine Direktvermarktung ihrer regionalen Produkte entscheiden. Mit dieser Entwicklung können regionale Güterkreisläufe mit großer Wertschöpfung vor Ort gehalten werden. Die Koalition setzt sich für die Förderung der Weideschlachtung ein, die nicht behindert, sondern im Sinne des Tierwohls und zugleich im Sinne einer direkten, regionalen und qualitativ hochwertigen Wertschöpfungskette gefördert werden soll. Die Nähe von Veterinäramt und Landwirtschaft soll künftig auch organisatorisch in der Kreisverwaltung abgebildet werden. Die vorhandenen Schlachtstätten im Wetteraukreis zur Erzeugung und Herstellung regionaler Produkte vor Ort müssen erhalten bleiben. Es gilt, die sehr guten Schlachtstätten der Wetterauer Metzgerinnen und Metzger sowie der Direktvermarkterinnen und Direktvermarkter in Zusammenarbeit mit dem Veterinäramt zu stärken und hier bürokratische Hürden abzubauen.

Kooperationen wie die Wetterauer Direktvermarkter und der Wetterauer Landgenuss werden von der Koalition weiterhin unterstützt. Den jährlichen „Markt der Regionen“ als Schaufenster der lokalen Anbieter wird die Koalition fortführen. Immer mehr heimische Direktvermarkterinnen und Direktvermarkter sowie Betriebe setzen auf neue Konzepte, wie beispielsweise „Urlaub auf dem Bauernhof“. Die Koalition sieht hierin einen zukunftsweisenden Ansatz und wird Betriebe bei ihren Vorhaben begleiten.

Der Schutz des Bodens als natürliche und unentbehrliche Lebensgrundlage für Pflanzen, Tiere und Menschen ist für die Koalition von großer Wichtigkeit. Die Wetterau mit ihren fruchtbaren Lössböden hat genau für diesen Boden auch Sorge zu tragen. Die vielen ausgewiesenen Natur- und Landschaftsschutzgebiete sind neben der die Wetterau prägenden landwirtschaftlichen Nutzung für den Bodenschutz essenziell und müssen erhalten bleiben. Gleichzeitig erleben wir über den hohen Druck auf dem

Wohnungsmarkt in vielen Kommunen im Wetteraukreis eine große Nachfrage nach Boden, beispielsweise zur Ausweisung neuer Wohngebiete. Die zunehmende Nachfrage nach neuen Gewerbeflächen zeigt die deutlich gestiegene Attraktivität des Wetteraukreises als Wohn- und Arbeitsort. Auf der einen Seite bringt neues Bauland Mehreinnahmen für die Kommunen und stärkt zugleich die Wirtschaftskraft der heimischen Betriebe. Andererseits wird die Attraktivität der Wetterau maßgeblich durch das Landschaftsbild bestimmt, das von Natur und Landwirtschaft mit herausragender Bodenqualität geprägt ist. Die Koalition setzt sich dafür ein, beide Interessen, Bauland und Erhalt landwirtschaftlicher Flächen, im Blick zu behalten und im Einzelfall abzuwägen. Dazu gehört auch, dass die Verdichtung in vorhandenen und neuen Baugebieten eine größere Rolle spielen muss, um den Verlust landwirtschaftlicher Fläche so gering wie möglich zu halten. Wasser-, aber auch Winderosion nimmt teilweise deutlich zu. Deshalb soll in Zusammenarbeit mit der landwirtschaftlichen Beratung am Standort Friedberg weiter mit geeigneten Maßnahmen entgegengewirkt werden, um das kostbare Gut Boden zu schützen.

Tierschutz sichern

Der Tierschutz hat einen hohen Stellenwert und ist als Staatsziel im Grundgesetz verankert. Zur Förderung des Tierschutzes setzt die Koalition neben dem Erhalt der natürlichen Lebensräume auch auf die Vermittlung eines verantwortungsbewussten Umgangs mit Haus-, Nutz- und Wildtieren.

Die in diesem Bereich tätigen Vereine, Verbände und Tierheime leisten wertvolle Arbeit. Bei der Wildtierauffangstation des Tierheims Wetterau hat der Wetteraukreis eine besondere Rolle und eine finanzielle Verpflichtung, diese weiterhin zu unterstützen.

Vielfältige Mobilität

Die Wetterau ist permanent in Bewegung. Der Wetteraukreis wird von zentralen Verkehrslinien regionaler und überregionaler Bedeutung durchzogen. Über die Autobahnen und die Main-Weser-Bahn gelangt man auf verschiedenen Wegen zu internationalen Verkehrsknotenpunkten in FrankfurtRheinMain. Die gut ausgebaute Verkehrsinfrastruktur des Wetteraukreises begründet einen besonderen Standortvorteil in der Metropolregion FrankfurtRheinMain. Viele Menschen pendeln täglich zu ihrem Arbeitsplatz, nutzen Kulturangebote in anderen Städten und Gemeinden oder treffen sich mit Freunden und Familie zum Essen und Genießen in einem der zahlreichen guten Restaurants.

Ziel der Koalition ist es, unnötige Wege zu minimieren und notwendige Fahrten umwelt- und verkehrsfreundlich zu ermöglichen. Ein an den Bedürfnissen der Bürgerinnen und Bürgern sowie der Umwelt orientierter ÖPNV ist ein zentrales Element des Klimaschutzkonzeptes der Koalition und ein wichtiger Teil der Daseinsvorsorge. Die Zahl der Menschen, die vom Auto auf Bahn oder Buslinien umsteigen, will die Koalition dadurch erhöhen, dass der ÖPNV ausreichend Kapazitäten anbietet, im Kostenvergleich attraktiv, pünktlich, gut getaktet und vor allem verlässlich und sicher ist. Der Wetteraukreis braucht allerdings verschiedene Mobilitätsarten, um als Wohn- und Wirtschaftsstandort weiterhin attraktiv zu bleiben. Vor allem im ländlichen Raum wird der Individualverkehr einen wesentlichen Stellenwert behalten.

Bei allen zusätzlichen Infrastrukturmaßnahmen sind die Trassenführung und der naturschutzrechtliche Ausgleich möglichst schonend für die Ressource Boden zu gestalten.

Die Mobilitätspolitik des Kreises muss sich an den Bewegungen und Zielen der Menschen orientieren und darf nicht an Kreisgrenzen aufhören. Ziel muss es sein, die unterschiedlichen Herausforderungen in städtischen Bereichen und ländlichen Räumen mit gleicher Priorität und nutzerfreundlicher Anbindung in den Ortschaften zu behandeln.

Mobilität – ÖPNV

Die Koalition will die Städte und Gemeinden im Wetteraukreis vom motorisierten Individualverkehr entlasten und die ländlichen Kommunen noch besser mit öffentlichen Nahverkehrsangeboten versorgen. Dabei ist die Schiene das Rückgrat einer modernen Mobilität, insbesondere angesichts der starken Pendlerströme in den Ballungsraum FrankfurtRheinMain und die umliegenden Ober- und Mittelzentren.

Für Pendlerinnen und Pendler sowie Schülerinnen und Schüler besteht in weiten Teilen des Wetteraukreises ein verlässlicher, attraktiver, barrierefreier, serviceorientierter und bezahlbarer Schienen- und Busverkehr. Die Koalition will durch die Ertüchtigung und den Ausbau von Schienenwegen und -fahrzeugen die Fahrzeiten verringern und somit den Umstieg auf den ÖPNV attraktiver machen.

Die Koalition unterstützt daher den viergleisigen Ausbau der Main-Weser-Bahnlinie auf der Strecke Frankfurt-Bad Vilbel-Friedberg. Durch die beiden weiteren S-Bahn Gleise werden mehr Kapazitäten für den Regional- und Fernverkehr und damit mehr Pünktlichkeit und eine Verbesserung der Taktung geschaffen. Die Koalition setzt sich zudem aktiv für die Reaktivierung der Horlofftalbahn Friedberg – Wölfersheim – Hungen zwischen Wölfersheim und Hungen ein. Dieses Vorhaben ist ein gutes Beispiel für landkreisübergreifende Zusammenarbeit im Sinne eines ÖPNV für die Bürgerinnen und Bürger. Darüber hinaus unterstützt die Koalition den Ausbau der Niddertalbahn von Bad Vilbel nach Stockheim mit Kapazitätserweiterung und Elektrifizierung, denn der Niddertalbahn kommt bei der Stärkung der Ost-West-Verbindung in der Wetterau eine große Bedeutung zu. Gerade die Reaktivierung der Horlofftalbahn und der Ausbau der Niddertalbahn werden durch die bessere Anbindung an die Metropolregion zu einer Stärkung des ländlichen Raums beitragen. Auch die Schienenstrecke Nidda - Friedberg ist für Berufspendlerinnen und -pendler aus der Region von hoher Bedeutung. Die Ertüchtigung dieser Verbindung zur Verkürzung der Reisezeit und zum Erhalt der Direktverbindungen nach Frankfurt (Main) bleiben für die Koalition essenziell.

Die Koalition sieht in der beauftragten Machbarkeitsstudie für eine Regionaltangente Ost (RTO) sowie die Einbindung der Niddertalbahn in das S-Bahn-Netz Rhein-Main eine große Chance, den schienengebundenen Personennahverkehr zu stärken. Ein Tangenten-Ring eröffnet die Möglichkeit, die Niddertalbahn über die Neubaustrecke der RTO auf die nordmainische S-Bahn-Strecke zu führen und im Wesentlichen als S-Bahn zu betreiben. Die Linie S7 könnte dafür über Frankfurt Ost zur Niddertalbahn verlängert werden. Die Verbindung von Stockheim nach Bad Vilbel und weiter zum Frankfurter Hauptbahnhof bliebe als Regionalzugverbindung in nachfragegerechtem Umfang bestehen. Die Koalition spricht sich dafür aus, einen Anschluss der Strecke Friedberg – Rosbach – Friedrichsdorf an die Regionaltangente West (RTW) zu prüfen. Hierzu soll der ZOV gemeinsam mit dem RMV und dem Hochtaunuskreis eine entsprechende Machbarkeitsstudie in Auftrag geben.

In der Mobilität darf es keine Denkverbote geben. Deshalb werden auch Ideen einer der S-Bahn vergleichbaren Schienenanbindung in die östliche Wetterau weiterverfolgt und unterstützt. Bei den Schienenstrecken setzt sich die Koalition für eine insgesamt verbesserte Anschlussplanung – z.B. im Rahmen des „Deutschlandtakts“ – ein und regt die Schaffung notwendiger Begegnungsbahnhöfe bei den Verkehrsunternehmen an.

Auf der Schiene ist jedoch nicht der gesamte Wetteraukreis erreichbar. Die Ortschaften ohne Bahnanschluss benötigen optimal getaktete Busverbindungen. Die Koalition setzt sich dafür ein, dass als wesentliche Maßgaben die lokalen und regionalen Verkehre räumlich sowie hinsichtlich ihrer zeitlichen Abstimmung ständig weiterentwickelt werden und eine Anpassung an die lokalen und gesellschaftlichen Veränderungen erfolgt. Die Koalition steht für eine Erweiterung der Mindestanforderungen an Verbindungs- und Bedienungsqualität, damit in den Hauptverkehrszeiten eine bessere Anbindung zugleich höhere Anreize für den Umstieg vom Individualverkehr auf den Busverkehr setzt. So sollen die bisherigen Fahrtenpaare auf vielen Strecken um zwei weitere erhöht werden. Es ist der Koalition ein Anliegen, zum Beispiel für die Seniorinnen und Senioren ein verbessertes Angebot zu schaffen und etwa durch die barrierefreie Gestaltung der Zugänge in Haltestellen und Bahnhöfen Hemmschwellen abzubauen. Die Koalition setzt sich für moderne Haltestellenanzeigen mit Angaben zur Pünktlichkeit ein. Besonders wichtig ist der Koalition die Berücksichtigung der „Clean Vehicle Directive (CVD)“ der EU. Ziel ist es bei der Ausschreibung der Linienbündel auch alternative Antriebstechnologien zu etablieren und Emissionen zu senken.

Schnellbuslinien erhöhen durch kürzere Fahrzeiten die Attraktivität von Verbindungen mit hohem Fahrgastpotential. Im Wetteraukreis bestehen bereits Verbindungen zwischen Karben (Nidderau) und Bad Homburg sowie zwischen Bad Vilbel und Offenbach. Weitere Linien will die Koalition mit dem RMV gemeinsam prüfen: Bad Vilbel – Bad Homburg, Büdingen – Friedberg, Büdingen – Hanau, Usingen – Bad Nauheim – Friedberg, Butzbach – Weilburg. Die Koalition wird auch die Möglichkeit weiterer Spätverbindungen untersuchen, um den geänderten Arbeitszeiten im modernen Handel Rechnung zu tragen. Busverkehr ist nicht nur Verkehr von und zur Arbeit, sondern dient auch der Freizeitgestaltung. Insbesondere die Verfügbarkeit diverser 365-EUR-Tickets bildet eine Basis für weitere Nachtverbindungen am Wochenende und vor Feiertagen, welche die Attraktivität des ländlichen Raumes steigern können.

Auch dort, wo nur geringe Nutzerzahlen zu erwarten sind, will die Koalition durch konkrete Qualitätsvorgaben auch die AST-(Anrufsammeltaxi) und ALT-(Anruflinientaxi) Angebote leichter nutzbar machen und hin zum digital gestützten Betrieb weiterentwickeln, wie es beispielsweise im Kreis Offenbach derzeit durch ein Pilotprojekt erprobt wird.

Ziel der Koalition ist es, dass alle Bürgerinnen und Bürger in der Wetterau unabhängig von ihrem Wohnort ohne eigenes Fahrzeug zur Schule, zum Arbeitsplatz sowie zu den Angeboten der medizinischen, sozialen, kulturellen und sportlichen Infrastruktur gelangen können.

Die Wetterau braucht ein Netz aus funktions- und bedarfsgerechten Mobilitätsstationen. Darunter versteht man Orte, an denen ein barrierefreier, sicherer und komfortabler Umstieg von einem Verkehrsmittel zum nächsten möglich ist. Hierbei sind klassische Pendlerparkplätze ebenso zu berücksichtigen wie Fahrradabstellanlagen, CarSharing-Angebote, BikeSharing-Angebote, Ladestation für Elektro-Fahrzeuge und sonstige Infrastruktur wie beispielsweise kleine Einkaufsmöglichkeiten.

Die Koalition wird diese Ziele unter anderem intensiv in die Beratungen beim zuständigen ZOV einbringen, weil dieser in unterschiedlichen Gremien des Bus- und Schienengebundenen Nahverkehrs vertreten ist und u.a. für die Erstellung des Nahverkehrsplanes federführend ist.

Mobilität – Radverkehr

Als einer der umweltfreundlichsten Formen der Mobilität misst die Koalition dem Radverkehr im Alltag wie in der Freizeit eine hohe Bedeutung zu. Das Radwegenetz im Kreisgebiet umfasst derzeit fast 1.200 Kilometer. Der Fahrradtourismus hat sich vor allem im ländlichen Raum zu einem beachtlichen Wirtschaftsfaktor entwickelt. Darüber hinaus gilt es, auch den Alltagsradverkehr weiter auszubauen und zu stärken. Der eingeschlagene Weg, die Wetterau zur Radregion zu entwickeln, muss konsequent fortgeführt werden. Als Grundlage dazu dient die im Jahr 2019 vorgelegte Fortschreibung des Radverkehrsplanes für den Wetteraukreis sowie die umfangreichen konkreten Maßnahmen, die im Koalitions-Antrag zur Radregion enthalten sind. Diese stehen zur Umsetzung in der kommenden Wahlperiode an.

In Abstimmung mit dem Land und vor allem in Kooperation mit den Städten und Gemeinden sollen Verbesserungen auf vorhandenen Wegen sowie der Ausbau zusätzlicher Radwege sukzessive umgesetzt werden.

Radfahren soll sicher, komfortabel und direkt möglich sein. Gleichzeitig sollen die alltäglichen und touristischen Ziele und Naherholungsbereiche attraktiv angebunden sein.

Für die Kommunen soll es seitens des Kreises eine fachliche Begleitung beim Aufbau von eBike-konformen Abstellmöglichkeiten, Ladesäulen und ggf. Reparaturstellen geben.

An ausgewählten, überregionalen und touristischen Routen sollen die Ortseingänge entlang der Radwege mit kleinen Ortseingangstafeln gemäß dem Handbuch zur Radwegeschilderung des Landes Hessen ergänzt werden.

Die angekündigte Aktualisierung der Radwege-Beschilderung im Kreis wird von der Koalition begrüßt – die Zukunft der Mobilität ist jedoch digital. Deshalb sollen die Wegeverbindungen des Radverkehrsplans in den Radroutenplaner Hessen eingepflegt werden.

Bei einem Neubau oder der grundhaften Sanierung von Kreisstraßen ist grundsätzlich zu prüfen, ob und wie getrennte Radwege mitgeplant und gebaut werden können. Das Projekt „Kurze Wetterau“ wird von der Koalition ausdrücklich befürwortet und unterstützt, um eine direkte Route für Pendler und Freizeitradler von Butzbach bis vor die Tore Frankfurts zu schaffen. Auch der vom Regionalverband FrankfurtRheinMain angeregte Radschnellweg FRM6 aus der Wetterau nach Frankfurt im Korridor Butzbach – Bad Nauheim – Friedberg – Wöllstadt – Karben – Bad Vilbel soll weiterhin unterstützt und zügig realisiert werden. Weitere Potenzialrouten für Radschnellverbindungen sollen ergebnisoffen geprüft und – wenn möglich – umgesetzt werden. Die erstmals im Jahr 2019 initiierte Fahrradkonferenz des Wetteraukreises soll zukünftig jährlich stattfinden, um über aktuelle Entwicklungen zu unterrichten und die Vernetzung der Akteure zu stärken.

Mobilität – Straße / CarSharing / eMobilität

Die Koalition hält ein kreisweites Angebot für CarSharing mit emissionsarmen Fahrzeugen für eine wichtige Ergänzung der vorhandenen Verkehrsmittel. Carsharing-Angebote können allerdings nur gewerblich erfolgreich angeboten werden. Der Wetteraukreis kann dazu die in diesem Bereich tätigen Akteure zusammenbringen und so als Impulsgeber auftreten.

Die Koalition setzt sich für einen zielgerichteten Ausbau der E-Mobilität im Wetteraukreis ein. Das umfasst sowohl den Ausbau einer entsprechenden Ladeinfrastruktur, auch in kreiseigenen Liegenschaften, als auch die verstärkte Nutzung von E-Fahrzeugen durch die Kreisverwaltung.

Eine zukunftsorientierte Infrastruktur sieht eine gute Anbindung ländlicher Regionen an Kreis und Fernverkehrsstraßen vor. Die Koalition unterstützt weiterhin den Ausbau der Autobahn A5 von sechs auf acht Fahrstreifen plus Standstreifen auf der Strecke zwischen dem Gambacher Kreuz bis zum Nordwestkreuz Frankfurt. Auch der dringend notwendige Ausbau der Autobahn-Ab- und -Zufahrten wird von der Koalition positiv begleitet. Hierzu sind Konzepte mit der Integration von P+R-Parkplätzen sowie Radabstellanlagen vorzusehen. Der Bau von Umgehungsstraßen konnte in den letzten Jahren durch die Unterstützung der Bundesregierung und der Hessischen Landesregierung vorangebracht werden. Umgehungsstraßen um Karben, Wöllstadt und Büdingen-Büches konnten mittlerweile eröffnet werden und sorgen für eine merkliche Entlastung der Anwohnerinnen und Anwohner sowie für eine Verbesserung des Verkehrsflusses. Die Koalition wird auch zukünftig für den Bau notwendiger Umgehungsstraßen für die Städte und Gemeinden im Wetteraukreis eintreten. Die Schaffung von Ortsumgehungen, wie im Bundesverkehrswegeplan 2030 beschrieben, muss weiterverfolgt werden, um die Bürgerinnen und Bürger an besonders frequentierten und nicht geeignet ausgebauten Ortsdurchfahrten zu entlasten. Landes- und Kreisstraßen ergänzen die vorhandenen Verkehrsadern im Kreisgebiet. Deshalb kommt dem bedarfsgerechten Ausbau der Landes- und Kreisstraßen in der Wetterau eine hohe Bedeutung zu.

Die Koalition begrüßt die jährliche Straßenbaukonferenz mit HessenMobil. Hier werden aktuelle Straßenbauprojekte transparent vorgestellt und die Kommunen erhalten Informationen zu den geplanten Straßenbaumaßnahmen aus erster Hand.

Wirtschaftsförderung als wichtiger Standortfaktor

Nachdem sich die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen in den vergangenen Jahren kontinuierlich verbessert haben, hat die Corona-Krise zu einem jähen Ende der guten Konjunktur geführt. Nach dem Ausstieg aus dem kommunalen Schutzschirm des Landes waren die Haushalte des Wetteraukreises stets ausgeglichen. Der Kreis als staatliche Institution muss nun einerseits dafür sorgen, dass er selbst wirtschaftlich auf soliden Füßen steht, andererseits muss er durch Anreize und Investitionen dazu beitragen, dass die Wirtschaft wieder angekurbelt wird.

Zur Stärkung der Wetterauer Wirtschaft baut die Koalition auf eine gute Zusammenarbeit mit verlässlichen Partnern wie der Industrie- und Handelskammer, der Handwerkskammer und den Gewerkschaften. Aber auch die kommunalen Organisationen wie die Wirtschaftsförderung Wetterau (wfg) und das Standortmarketing durch die FrankfurtRheinMain GmbH sind wichtige Säulen eines erfolgreichen Wirtschaftsstandortes. Das Augenmerk muss gezielt auf regionale Handwerksbetriebe und mittelständische Unternehmen gelegt werden. Wirtschaftliches Ziel dieser Koalition ist es darüber hinaus, weitere

Unternehmen im Kreisgebiet anzusiedeln. Die Sicherung der vorhandenen und die Schaffung neuer Arbeitsplätze muss besonders in wirtschaftlich schwierigen Zeiten oberste Priorität haben. Zentrale Aufgabe der Kreispolitik ist es, die notwendige Infrastruktur anzubieten und ein wirtschaftsfreundliches Klima zu erhalten. Hierfür hat die Koalition in den letzten drei Jahren die Mittel des Wetteraukreises für die Wirtschaftsförderung fast verfünffacht und diese damit nachhaltig gestärkt. Dieses Niveau einer leistungsstarken Wirtschaftsförderung wird beibehalten.

Durch seine Ausschreibungs- und Vergabepaxis sorgt der Wetteraukreis dafür, dass auch kleine und mittlere Unternehmen sowie Handwerksbetriebe Chancen erhalten. Deswegen wird die Koalition im Rahmen der vergaberechtlichen Möglichkeiten sozialen und ökologischen Aspekten sowie regionalen Regionalitätskriterien bei der Ausschreibung einen höheren Stellenwert einräumen.

Sparkasse, ZOV-Konzern, kommunale Unternehmen in öffentlicher Hand

Die Sparkasse Oberhessen ist ein unverzichtbarer Eckpfeiler für die Geld- und Kreditversorgung von Wirtschaft und Bevölkerung im Wetteraukreis. Die Koalition bekennt sich zu einer gesunden Finanzausstattung der Sparkasse Oberhessen mit angemessenen Rücklagen zur nachhaltigen Sicherung ihrer Zukunftsfähigkeit für die Menschen und die Unternehmen im Wetteraukreis. Die Sparkasse Oberhessen soll als eigenständiges kommunales Unternehmen erhalten bleiben.

Eine Ausschüttung von Gewinnen zugunsten des Wetteraukreises soll jährlich vom Verwaltungsrat überprüft und über die Ausschüttung unter Berücksichtigung der jeweiligen Gesamtlage entschieden werden. Im Fall der Ausschüttung soll ein Teil der Finanzmittel in ein Förderprogramm zur Stärkung des ländlichen Raums fließen. Das „Förderprogramm Ländlicher Raum“ soll zusätzliche Akzente und Anreize für zukunftsweisende Entwicklungen schaffen und vor allem kleinere Orts- und Stadtteile als Wohn- und Wirtschaftsstandort für die Menschen im ländlichen Raum stärken.

Kommunale Unternehmen sind traditionell stark im Gemeinwesen verankert und als Mitgestalter des Gemeinwohls aus dem kommunalen Leben nicht wegzudenken. Die Koalition tritt dafür ein, dass diese Unternehmen in öffentlicher Hand bleiben und damit für die Zukunft krisensicher aufgestellt sind. Die Koalition bekennt sich zur Verantwortung und Verpflichtung des Wetteraukreises, durch die Beteiligung am kommunalen Versorgungsunternehmen (ZOV) für eine nachhaltige und zukunftsfähige Infrastruktur (Wasser, Energie, ÖPNV) zu sorgen. Die Koalition strebt an, das Berichtswesen der kommunalen Unternehmen um Aspekte der Nachhaltigkeit zu erweitern.

Tourismusregion Wetterau weiterentwickeln

Der Wetteraukreis bietet für seine Einwohnerinnen und Einwohner interessante und attraktive Freizeitangebote. Er soll nach innen als attraktiver und nachhaltiger Lebens- und Ruheraum wahrgenommen werden. Auf Basis seiner vorteilhaften Lage im Metropolgebiet und als Teil der Tourismusdestination FrankfurtRheinMain ist er aber auch ein hochattraktives Ziel für Tagestouristen und Kurzurlauber. Die Koalition wird den Tourismus als wichtigen Wirtschaftsfaktor weiter ausbauen. Um das zu erreichen, hat sie die strategische Neuausrichtung des Tourismus im Wetteraukreises vorangetrieben und in einem Tourismuskonzept die Weichen für die zukünftige Entwicklung gestellt.

Die engagierte Arbeit der Tourismusregion Wetterau sowie die bisherigen Anstrengungen der Städte und Gemeinden, des Kreises sowie weiterer Partner wie beispielsweise des Vereins Oberhessen sind bereits sichtbar und auch in Zukunft bestmöglich zu unterstützen. Die Koalition tritt für eine inhaltliche und organisatorische Weiterentwicklung der Tourismusregion Wetterau ein.

Ein wichtiger Baustein der Tourismusförderung ist die ständige Verbesserung der Rad- und Wanderwege sowie die Vermarktung attraktiver Besuchspakete und Routen mit verlässlichen Standards, wie beispielsweise Vulkanradweg, Niddaradweg, Limesradweg, Bonifatiusroute, Lutherweg und Apfelwein- und Obstwiesenrouten. Dadurch wird den Bürgerinnen und Bürger des Wetteraukreises ein attraktives Freizeitgestaltungsangebot vor der Haustür geboten. Den regionalen Gastbetrieben, Herbergen sowie dem Einzelhandel werden Einnahmen durch Besucherinnen und Besucher ermöglicht, um so ihre Angebote aufrecht zu erhalten und weiterzuentwickeln.

Die Koalition setzt außerdem auf die Stärkung des Tagestourismus- und des Naherholungssegmentes sowie auf die touristischen Segmente „Kultur und Geschichte“ und „Genuss und Regional“. Insbesondere das Thema „Gesundheit“ soll eine größere Rolle spielen, gerade auch in der Zusammenarbeit der Region mit den drei Badestädten. Dazu gehört auch das Bestreben, mit dem Kneipp-Bäder-Dreieck die drei Badestädte Bad Nauheim, Bad Vilbel und Bad Salzhausen sowie die umliegende Region weiter zu stärken.

Der Wetteraukreis bietet eine Vielzahl attraktiver Möglichkeiten, sich zu erholen und unterschiedlichste kulturelle Angebote wahrzunehmen. Touristische Highlights wie die Keltenwelt am Glauberg, die Burgfestspiele in Bad Vilbel, die historische Altstadt von Büdingen oder das Jugendstilensemble in Bad Nauheim sind nur einige Beispiele für die touristische Vielfalt in der Wetterau.

Kulturelle Vielfalt fördern

Eng verbunden mit dem touristischen Angebot ist auch die kulturelle Vielfalt, die der Wetteraukreis beispielsweise mit „Kultur on Tour“ unterstützt hat. Konzerte, Theater, Kleinkunstbühnen, Kinos, Ausstellungen und eine abwechslungsreiche Museumslandschaft prägen das kulturelle Leben in der Wetterau. Die Corona-Krise hat nochmals verdeutlicht, wie stark diese künstlerischen Angebote das Leben der Menschen erheblich bereichern und wie sie ihnen spürbar fehlen, wenn sie nicht mehr vorhanden sind. Deswegen spricht sich die Koalition für eine gezielte Projektförderung und Unterstützung von kulturellen Angeboten im Wetteraukreis aus.

Kunst ist kein Luxusgut, Kultur kein verzichtbarer Teil der Gesellschaft. Daher liegen der Koalition die Unterstützung und Würdigung von Kunst und Kultur sowie die diesbezügliche Nachwuchsarbeit besonders am Herzen.

Die Koalition begrüßt zudem den Wiedereintritt des Wetteraukreises in die KulturRegion Frankfurt RheinMain, in der sich 53 Städte, Landkreise und der Regionalverband zusammengeschlossen haben, um kulturelle Angebote der jeweiligen Region überregional bekannter zu machen. Von einer kulturellen Zusammenarbeit und Vernetzung profitiert der gesamte Landkreis.

Der Wetteraukreis wird die Stadt Bad Vilbel bei der Ausrichtung des Hessentags 2025 wieder tatkräftig unterstützen.

Breitband und digitale Infrastruktur ausbauen

Die Zukunft des Wetteraukreises ist gesichert, wenn die vorhandene Infrastruktur ausgebaut und Chancen mutig genutzt werden. Als fester Bestandteil der Metropolregion FrankfurtRheinMain kann der Wetteraukreis von den Vorteilen einer dynamischen und erfolgreichen Region profitieren, ohne dabei den Charakter des Kreises zu gefährden. Der Wetteraukreis bietet eine hohe Lebensqualität und gute Aussichten für die Wirtschaft und die hier lebenden Menschen. Damit das so bleibt, muss weiterhin in die digitale Infrastruktur investiert werden. Die Koalition wird den Ausbau der digitalen Infrastruktur fördern und für einen mutigen Einsatz digitaler Möglichkeiten werben. Dadurch wird es zahlreichen Branchen ermöglicht, Arbeitsplätze auch abseits der Verkehrsadern in ländlicheren Gebieten zu schaffen und zu etablieren. Diese Entwicklung wurde durch die Erfahrungen der Corona-Pandemie deutlich beschleunigt und kann eine große Chance gerade für die östliche Wetterau sein.

Nahezu jeder Betrieb - vom Handwerker bis zum Großkonzern - ist auf eine schnelle Internetanbindung angewiesen. Viele Unternehmen müssen bereits heute aufgrund der gesetzlichen Bestimmungen große Datenmengen an Behörden übermitteln oder mit anderen Unternehmen austauschen. Aber auch private Haushalte sind heutzutage auf eine gute Anbindung an das Internet angewiesen. Der Wetteraukreis hat sich auf die Herausforderungen, die mit der zunehmenden Digitalisierung einhergehen, eingestellt. In der Kreisverwaltung hat die Koalition eine Stelle für die Bereiche Breitband und Digitalisierung geschaffen. Darüber soll der Landkreis auch künftig die Breitbandinfrastruktur vor Ort mit den Kommunen koordinieren und die Akquise von Mitteln aus Förderprogrammen sicherstellen.

Die Koalition setzt sich dafür ein, dass der Wetteraukreis als Gründungsmitglied gemeinsam mit der Gigabitregion Frankfurt Rhein/Main die nächsten Schritte hin zu einem flächendeckenden Ausbau mit Glasfaser an jedes Haus einleitet. Ziel der Gigabitregion ist es, dass alle Industrie- und Dienstleistungsunternehmen sowie Gewerbebetriebe bis ins Jahr 2025 mit einem Glasfaser-basierten, gigabitfähigen Internetzugang ausgerüstet werden. Bis ins Jahr 2025 sollen die Hälfte und bis 2030 sogar 90 Prozent aller Haushalte mit dieser Technologie versorgt werden. So bleibt die Region zukunftsfähig und attraktiv im digitalen Zeitalter. Auch bei der Weiterentwicklung der ländlichen Infrastruktur spielt die Digitalisierung zunehmend eine bedeutende Rolle. In einem nächsten Schritt sollen maßgeschneiderte Angebote für den ländlichen Raum entwickelt werden.

Die Koalition unterstützt den Beitritt des Wetteraukreises zum Projekt „Smarte Land Regionen“ im Rahmen des Bundesprogramms Ländliche Entwicklung (BULE). Mit diesem Vorhaben sollen Digitalisierungsprojekte im dörflichen Umfeld weiterentwickelt und ergänzt werden. In zukunftsrelevanten Bereichen wie Mobilität, Gesundheit, Versorgung mit Waren und Dienstleistungen bis hin zu sozialen Angeboten kann die Digitalisierung Lösungen für ein attraktives Lebens- und Arbeitsumfeld ermöglichen. Die Koalition setzt sich im Sinne der Landwirtschaft für Smart Farming / Precision Farming ein. Dies ist unabdingbar sowohl für ökologisch wirtschaftende Betriebe als auch für konventionelle Betriebe, um ressourcen- und bodenschonend zu arbeiten. Unter diesem Gesichtspunkt unterstützt die Koalition den 5G-Ausbau in der Wetterau bis auf jedes Feld, um der Landwirtschaft die Möglichkeit zu geben, die neue Technik zu nutzen. Die 5G-Technologie hat auch für weitere Zukunftstechnologien wie

Telemedizin oder das autonome Fahren eine immense Bedeutung, die von der Koalition anerkannt und gefördert werden.

Leistungsfähige Kreislaufwirtschaft gewährleisten

Ressourcenschonung, Plastik- und Abfallvermeidung sowie nachhaltiges Wirtschaften sind, neben den Klima- und Energiefragen, eine weitere große Herausforderung der heutigen Zeit. Der Abfallwirtschaftsbetrieb des Wetteraukreises (AWB) hat sich zu einem erfolgreichen Entsorgungspartner für die Städte und Gemeinden entwickelt. Gemeinsam mit ihnen betreibt und entsorgt der AWB auf zehn Recyclinghöfen die Abfälle aus Haussammlungen und Anlieferungen. Die Recyclinghöfe in Niddatal-Ilbenstadt, Eczell-Grund-Schwalheim und Friedberg führt der AWB in alleiniger Verantwortung. Die Koalition setzt sich dafür ein, dass dieser gemeinsame Weg fortgesetzt wird. Auch dies ist ein wichtiger Beitrag zum Klimaschutz und zur Förderung der regionalen Wertschöpfung.

Unter der Führung des AWB war es den Städten und Gemeinden möglich, die Entsorgungskosten für die Abfälle in den vergangenen Jahren nicht anzuheben. Die Koalition ist auch weiterhin verlässlicher Partner für Preisstabilität.

FINANZEN UND VERWALTUNG

Handlungsfähigkeit durch solide Finanzen erhalten

Die Auswirkungen der Corona-Pandemie stellen neben der Wirtschaft auch die öffentlichen Haushalte vor eine nie dagewesene Herausforderung. Die Folgen des Virus haben jeden und jede im Land getroffen, Einzelpersonen, Handwerk, Gastronomie oder Unternehmen, aber auch den Staat in allen Ebenen, von der kleinsten Gemeinde bis zum Bund. Die Auswirkungen auf die kommunalen Finanzen sind massiv. Der Wetteraukreis wird einen Einbruch bei den Einnahmen verkraften müssen. Gleichzeitig werden die Ausgaben deutlich ansteigen. Diese Effekte werden über Jahre andauern und sind heute in ihrem Umfang noch nicht abschätzbar. Deshalb ist es übergeordnetes Ziel der Koalition, zur Stabilisierung der gesamtwirtschaftlichen Lage beizutragen und den erreichten Leistungsstand für die Menschen in der Wetterau zu sichern. Dies dient dem Ziel der Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse und der Chancengerechtigkeit der Menschen im Wetteraukreis.

Nachhaltige Finanzpolitik gestalten

Effiziente Verwaltungsstrukturen, solide Finanzen sowie nachhaltiges und transparentes Haushalten sind Grundvoraussetzung dafür, dass der Wetteraukreis seine vielfältigen Aufgaben und die ihm gesetzlich übertragenen Verpflichtungen erfolgreich bewältigen kann. Um die Ziele dieser Koalitionsvereinbarung umsetzen zu können, bedarf es eines soliden finanziellen Fundaments.

Die Koalition ist sich einig, dass alle Vereinbarungen des Koalitionsvertrages dem Haushaltsvorbehalt unterliegen. Neue Projekte stehen unter Finanzierungsvorbehalt; gleichzeitig ist es Ziel der Koalition, durch freiwillige Leistungen und Investitionen positive Impulse für die Lebensqualität im Wetteraukreis zu geben. Investitionsmaßnahmen sollen möglichst unter Nutzung von Förderprogrammen wie den Kommunalen Investitionsprogrammen (KIP), der Hessenkasse oder dem Digitalpakt umgesetzt werden. Das sind Anreize, welche die Wirtschaft in schwierigen Zeiten dringend braucht, um Arbeitsplätze im Landkreis nachhaltig zu sichern.

Die Koalition steht für eine verantwortungsbewusste Finanzwirtschaft, die im Sinne der Generationengerechtigkeit solide Haushalte – auch mit dem Abbau von Altschulden – zum Ziel hat. Die Koalition strebt an, dass Kreishaushalte in der Regel ohne Nettokreditaufnahme auskommen und den Haushaltsausgleich im ordentlichen Ergebnis sicherstellen. Grundsätzlich steht jedoch immer die Nachhaltigkeit und Zukunftsfähigkeit im Mittelpunkt des Handelns der Koalition, insbesondere durch Investitionen in Infrastruktur und Bildung.

Die Koalition stellt in der Regel Doppelhaushalte auf. Für alle geplanten Maßnahmen, die bei der Bewirtschaftung des Haushaltes den Rahmen der Haushaltsplanung überschreiten, sind Deckungsvorschläge vorzulegen.

Effektives und effizientes Wirtschaften

Die Koalition strebt eine Fortentwicklung der strategischen Steuerung im Sinne eines effektiven und effizienten Wirtschaftens an. Angesichts begrenzter Mittel wird die Koalition die erfolgreich angewandten Instrumente zur Haushaltskonsolidierung fortführen, um eine nachhaltige und generationengerechte Haushaltsführung zu gewährleisten. Dazu gehört auch, dass Aufgaben, basierend auf gesetzlichen Verpflichtungen, ständig auf eine wirtschaftliche Erfüllung hin zu überprüfen sind. Kommunale Leistungsentgelte werden jährlich überprüft, und, wenn notwendig, dem aktuellen Bedarf angepasst. Darüber hinaus werden zusätzliche Einnahmepotenziale analysiert und – soweit für die Ziele des Kreises und seiner Städte und Gemeinden förderlich – erschlossen.

Die Koalition achtet auf eine fortlaufende Optimierung der Verwaltungsabläufe, um eine effiziente Aufgabenerfüllung weiterhin zu gewährleisten, den demographischen Wandel in der Verwaltung bewältigen und damit wichtige Ressourcen zur Aufgabenerfüllung für die Menschen im Wetteraukreis einsetzen zu können. Controlling-Instrumente sollen konsequent weitergeführt und weiterentwickelt werden, um dauerhaft Einsparpotenziale zu identifizieren und zu heben.

Die Koalition verpflichtet sich, vor jeder Investitionsentscheidung den mittel- und langfristigen Bedarf sowie die wirtschaftlichen Auswirkungen (Folgekosten) für die geplante Maßnahme genau zu prüfen, zu bewerten und Investitionsmittel wirtschaftlich und sparsam einzusetzen. Die Koalition wird konsequent dafür Sorge tragen, bei Investitionen Landes- und Bundesmittel abzurufen und, wo dies möglich ist, auch europäische Fördermittel zu beantragen. Straßen und Gebäude sind laufend zu unterhalten.

Transparente Konsolidierungspolitik

Die Koalition verpflichtet sich, Konsolidierungsmaßnahmen mit Betroffenen zu erörtern. Die Wege bis zur Entscheidung sind transparent zu gestalten. Für die Koalition stehen der Erhalt und die Förderung von Angeboten und Strukturen mit regionaler Wirkung im Rahmen der rechtlichen Möglichkeiten im Vordergrund.

Finanzielle Basis der Städte und Gemeinden im Wetteraukreis stärken

Eine gute öffentliche Infrastruktur erfordert handlungsfähige Landkreise, Städte und Gemeinden. Diese sind Wohnort, Arbeitsplatz, Lebensmittelpunkt und Heimat. Eine solide finanzielle Basis auf Kreis- und Gemeindeebene ist Voraussetzung für die zuverlässige Erbringung von Dienstleistungen für die Menschen in der Wetterau.

Die Kreis- und Schulumlage konnte seit 2016 spürbar gesenkt werden und ist auf dem niedrigsten Stand aller hessischen Landkreise. Dies hat zu einer finanziellen Entlastung der 25 Wetterauer Städte und Gemeinden beigetragen. Die Koalition wird sich auch weiterhin im Rahmen ihrer Möglichkeiten für die Stärkung der finanziellen Basis der Städte und Gemeinden im Wetteraukreis einsetzen. Die Höhe der Kreis- und Schulumlage orientiert sich nach den gesetzlichen Regelungen an den Bedarfen und Verpflichtungen des Kreises. Handlungsmaxime ist dabei nach dem Willen der Koalition ein partnerschaftliches Miteinander des Kreises mit seinen kreisangehörigen Städten und Gemeinden. Zusätzliche Belastungen der Städte und Gemeinden auf der Kreisebene müssen immer das letzte Mittel sein.

Altschulden abbauen

Eine hohe Verschuldung und die damit verbundenen Zahlungsverpflichtungen für Kredite und Zinsen senken die Gestaltungsmöglichkeiten des Kreises. Um auch zukünftigen Generationen den notwendigen Handlungsspielraum bei der Bewältigung anstehender Herausforderungen zu ermöglichen, wird die Koalition neben der Entlastung der Städte und Gemeinden sowie Investitionen in die Infrastruktur dem stetigen Altschulden-Abbau durch die Erhöhung der Tilgungsleistungen und dem Vorbeugen gegen Zinsrisiken mit gleicher Priorität nachkommen. Dadurch sollen Zinsbelastungen reduziert und neue zukunftsweisende Projekte und Infrastrukturmaßnahmen finanzierbar werden.

Interkommunale Zusammenarbeit fördern

Der Handlungsdruck auf die Landkreise, Städte und Gemeinden bei der Erfüllung ihrer stetig wachsenden Aufgaben steigt seit Jahren kontinuierlich an. Wachsende Anforderungen und Erwartungen von Bürgerinnen und Bürgern sowie Unternehmen an die Qualität und Geschwindigkeit kommunaler Dienstleistungen treffen zusammen mit den Folgen des demografischen Wandels, einem zunehmenden Mangel an Fachkräften und durch die Corona-Pandemie geschwächte kommunale Haushalte.

Durch interkommunale Zusammenarbeit wird die Leistungskraft der kreisangehörigen Städte und Gemeinden und des Kreises gestärkt, Verwaltungsaufwand reduziert und finanzielle Einsparungen werden ermöglicht. Systematischer Wissensaustausch, gemeinsamer Personaleinsatz, die Bündelung von Beschaffungsmengen und viele andere Maßnahmen mehr – die Zusammenarbeit der kommunalen Familie an den zentralen kommunalen Aufgaben wie stabile Finanzen, bezahlbarer Wohnraum, Digitalisierung u.v.m. bietet vielfältige Potenziale zum Nutzen der Menschen in der Wetterau.

Die Koalition tritt für die Stärkung der interkommunalen Zusammenarbeit im Wetteraukreis und mit den Nachbarkreisen ein. Mit diesem Ziel wird sie geeignete Arbeitsstrukturen unterstützen, interkommunale Projekte und Maßnahmen fördern und sich für den Ausbau interkommunaler Strukturen im Wetteraukreis einsetzen.

Die Koalition unterstützt die Bewerbung der elf oberhessischen Kommunen um die Ausrichtung der Landesgartenschau 2027 und wird im Fall einer Zuschlagserteilung das Projekt auch finanziell unterstützen.

Leistungsfähige Verwaltung für die Aufgaben der Zukunft

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Wetteraukreises erbringen qualitätsvolle Leistungen für die Menschen sowie Verbände, Institutionen und Wirtschaftsunternehmen in der Wetterau. Ziel der Koalition ist eine effiziente, leistungsstarke und wirtschaftliche Verwaltung, die einen hohen Bürgerservice nachhaltig gewährleistet. Bei der Bearbeitung gemeinsamer Aufgaben versteht sich der Wetteraukreis als Partner der Kommunen. Dies findet auch in einem lösungsorientierten Miteinander zwischen Kreisverwaltung und Kommunen seinen Ausdruck.

Personalgewinnung und Personalentwicklung, familienfreundliche Arbeitsbedingungen

In Zeiten des zunehmenden Fachkräftemangels gilt es, mit gezielten Maßnahmen qualifizierte Menschen für die engagierte Mitarbeit in Kreisverwaltung und Kreisunternehmen zu gewinnen, mit modern ausgestatteten Arbeitsplätzen und familienfreundlichen Arbeitsbedingungen möglichst langfristig zu binden und ihnen zu ermöglichen, ihre Potenziale bestmöglich zu entwickeln und für die Ziele des Kreises einzusetzen. Die Koalition bekennt sich daher zur flexiblen Gestaltung von Arbeitszeiten, zum Ausbau der Möglichkeiten mobilen Arbeitens und zu weiteren Maßnahmen der Unterstützung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf, der Betreuung Angehöriger und der Wiedereingliederung nach familienbedingten Auszeiten. Umfassende Angebote der Personalentwicklung, bedarfsgerechte Fort- und Weiterbildung sowie qualifizierte Mitarbeiterführung tragen zusätzlich zur Motivation der Beschäftigten bei. Mit dem Jobticket hat der Wetteraukreis zudem 2020 für alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter die Möglichkeit eines kostengünstigen Umstiegs auf den öffentlichen Nahverkehr geschaffen.

Die Koalition bekennt sich zu dem Grundsatz, dass auch die öffentliche Hand ihrer Ausbildungspflicht nachkommen muss. Die Ausbildung ist ein wichtiger Bestandteil der Fachkräftesicherung in der Verwaltung. Nach erfolgreicher Ausbildung wird eine dauerhafte Weiterbeschäftigung angestrebt.

Bürgernähe und Effizienz

Eine fortlaufende Optimierung der Verwaltungsstrukturen und -abläufe ist die Basis einer bürgernahen, wirtschaftlichen und leistungsfähigen Verwaltung. Bei jeglichem Verwaltungshandeln ist die günstigste Relation zwischen dem verfolgten Ziel und den eingesetzten Ressourcen anzustreben. Die Koalition unterstützt daher Instrumente der Verwaltungsmodernisierung wie Organisationsentwicklung, Aufgabenkritik, Geschäftsprozessanalysen und Projektmanagement. Der Personalbedarf für die Aufgabenerfüllung des Kreises ist auf der Basis optimierter Organisationsstrukturen und Prozesse sach- und methodengerecht zu ermitteln und regelmäßig zu überprüfen.

Zentrale Voraussetzung für eine bürgernahe und effiziente Verwaltung ist auch der Ausbau der Digitalisierung. Hierbei steht für die Koalition der Nutzen für die Bürgerinnen und Bürger und die medienbruchfreie Organisation der internen Verwaltungsabläufe mit den damit erzielbaren Einsparungen an Arbeitszeit und Kosten im Vordergrund. Gemäß Online-Zugangs-Gesetzes müssen bis zum Ende des Jahres 2022 vielfältige Verwaltungsleistungen über Verwaltungsportale digital angeboten werden. In einigen Bereichen besteht bereits ein solches Angebot. Die E-Government-Strategie des Kreises richtet die Koalition an den Kriterien Erforderlichkeit, Potenzialträchtigkeit und Realisierbarkeit aus.

Kundenfreundliche und leistungsstarke Verwaltungsstandorte in Friedberg und Büdingen

Um die herausfordernden Aufgaben der Zukunft bewältigen zu können, ist die erforderliche räumliche, technische und sächliche Ausstattung Voraussetzung. Die Kreisverwaltung ist mittlerweile auf 17 Standorte im Kreisgebiet verteilt, davon allein 15 Außenstellen im Friedberger Stadtgebiet. Darüber hinaus ist u.a. infolge der Übertragung neuer Aufgaben auf den Kreis und steigender Fallzahlen aufgrund der weiter wachsenden Kreisbevölkerung ein Bedarf an zusätzlichen Arbeitsplätzen in der Zukunft absehbar. Um Kosten zu sparen und Synergieeffekte zu nutzen, wird von der Koalition die Zusammenführung der Friedberger Außenstellen in einem zentralen Verwaltungsneubau auf dem Gelände der ehemaligen Kaserne in Friedberg angestrebt. Darüber hinaus bedarf auch das Landratsamt in Büdingen einer Sanierung, Modernisierung und baulichen Erweiterung, um dort Dienstleistungen

des Kreises weiterhin qualitativ und bürgernah anbieten zu können. Bei der Bemessung der Bauvolumina an beiden Standorten sind die Effekte moderner Arbeitsformen wie Arbeitsplatz-Sharing und mobiles Arbeiten auf den zukünftigen Raumbedarf zu berücksichtigen.

Um die Wege für die Kunden zu verkürzen und ehrenamtliche Flüchtlingsarbeit zu erleichtern, sollen Dienstleistungen der Ausländerbehörde künftig auch am Standort Büdingen angeboten werden. Dies dient zugleich der Erhaltung und dem Ausbau von Arbeitsplätzen im ländlichen Raum. Als zusätzlicher Beitrag für bürgernahe Dienstleistungen sowie zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf soll zudem die Möglichkeit der Einrichtung digital ausgestatteter Besprechungsraum-Büros geprüft werden. Dezentrale Arbeitsstrukturen sollen auch zukünftig je nach Bedarf ermöglicht werden.

GRUNDSÄTZE DER ZUSAMMENARBEIT

Arbeitsweise der Koalition

Diese Koalitionsvereinbarung gilt für die Wahlperiode 2021-2026 des Wetteraukreises. Sie regelt die Themenfelder innerhalb der Zuständigkeiten des Kreistages, der anderen Gremien des Wetteraukreises sowie die Themen der Institutionen und Organisationen, an denen der Wetteraukreis beteiligt ist. Die Koalitionspartner tragen für die gesamte Politik der Koalition gemeinsam die Verantwortung.

Die Koalitionspartner verpflichten sich, diese Vereinbarung umzusetzen. Sie werden dazu ihre Arbeit im Kreistag und im Kreisausschuss laufend und umfassend miteinander abstimmen. Dies bedeutet auch, dass in der Koalition und in den Kreisgremien das Kollegialprinzip gilt. Die Dezernenten informieren in diesem Sinne umfassend über die Angelegenheiten in ihrem Zuständigkeitsbereich.

Zusammenarbeit der Fraktionen im Kreistag

Im Kreistag sowie in allen von ihm beschickten Gremien (mit Ausnahme der überregionalen Gremien) stimmen die Koalitionsfraktionen einheitlich ab. Bei Fragen, die nicht Gegenstand der Koalitionsvereinbarung sind, ist ein einheitliches Abstimmungsverhalten durch frühzeitige Konsultationen sicherzustellen. Wechselnde Mehrheiten sind ausgeschlossen. Ausgenommen hiervon sind bundes- und landespolitische Themen ohne Kreisbezug, die Gegenstand von Anträgen sind, die nicht von der Koalition gestellt wurden. Grundsätzlich stimmen sich die Koalitionspartner auch bei solchen Themen eng ab, um möglichst ein einheitliches Abstimmungsverhalten sicherzustellen.

Die Koalitionsfraktionen bringen Anträge und Anfragen ausschließlich gemeinsam ein. Zur Abstimmung über die parlamentarische Zusammenarbeit findet zwischen beiden Fraktionen eine enge Abstimmung und zur Vorbereitung der Kreistagssitzungen regelmäßige Sitzungen statt.

Grundsätzlich ist die Arbeitsweise dialogorientiert.

Zusammenarbeit im Kreisausschuss

Die Koalitionspartner entscheiden im Kreisausschuss und in allen von ihm beschickten Gremien einheitlich. Vor Kreisausschusssitzungen findet eine Vorbesprechung der zur Koalition gehörenden Kreisausschussmitglieder statt. In vom Kreisausschuss beschickten Gremien sind die Koalitionspartner entsprechend ihres Kräfteverhältnisses vertreten.

Koalitionsausschuss

Die Koalitionsparteien bilden einen Koalitionsausschuss. Der Koalitionsausschuss berät über alle Verfahrens- und Sachfragen, die zwischen den Koalitionspartnern abgestimmt werden müssen. Ihm gehören grundsätzlich die Parteivorsitzenden, die Fraktionsvorsitzenden, der/die Kreistagsvorsitzende und die Dezernenten als geborene Mitglieder an. Darüber hinaus benennen die Koalitionsparteien weitere Mitglieder, so dass insgesamt sieben Vertreterinnen und Vertreter jeder Koalitionspartei dem Koalitionsausschuss angehören. Vertretungen sind möglich. Er tagt regelmäßig und zusätzlich auf Wunsch eines Koalitionspartners. Er entscheidet im Einvernehmen.

Öffentliche Stellungnahmen der Koalitionsfraktionen über die in Kreisgremien zu treffenden Entscheidungen erfolgen nach vorheriger Abstimmung der Koalitionspartner. In eiligen Fällen genügt die telefonische oder digitale Abstimmung der Partei- und Fraktionsvorsitzenden sowie der Dezernenten.

Personal

Über die personelle Besetzung von ihm zustehenden Positionen entscheidet jeder Koalitionspartner frei und in eigener Verantwortung. Die Partner werden rechtzeitig und vertrauensvoll informiert.

Fachausschüsse

Es werden vier Fachausschüsse mit jeweils 14 Mitgliedern gebildet. Die Fachausschüsse werden im Benennungsverfahren nach dem Stärkeverhältnis der Fraktionen besetzt.

Folgende Fachausschüsse werden gebildet:

1. Haupt-, Finanz- und Personalausschuss (HFP)
2. Ausschuss für Jugend, Soziales, Familie, Gesundheit und Gleichstellung (JSFGG)
3. Ausschuss für Regionalentwicklung, Umwelt und Wirtschaft (RUW)
4. Ausschuss für Bildung (BI)

Die beiden Vertragsparteien verpflichten sich, die von CDU und SPD vorgeschlagenen Personen für die Funktionen der Ausschussvorsitzenden zu wählen. Das Vorschlagsrecht für den Ausschuss

- zu 1.) ist vorgesehen für die CDU
- zu 2.) ist vorgesehen für die CDU
- zu 3.) ist vorgesehen für die SPD
- zu 4.) ist vorgesehen für die SPD

Die beiden Vertragsparteien vereinbaren und verpflichten sich, die von der CDU und SPD vorgeschlagenen Personen für die Funktionen der stellvertretenden Ausschussvorsitzenden zu wählen. Das Vorschlagsrecht für den Ausschuss

- zu 1.) ist vorgesehen für die SPD
- zu 2.) ist vorgesehen für die SPD
- zu 3.) ist vorgesehen für die CDU
- zu 4.) ist vorgesehen für die CDU

Kreisausschuss

Der Kreisausschuss besteht aus dem Landrat, dem/der hauptamtlichen Ersten Kreisbeigeordneten, einem/einer weiteren hauptamtlichen Kreisbeigeordneten und zehn ehrenamtlichen Kreisbeigeordneten.

Im Falle eines vorzeitigen Ausscheidens oder nach Ablauf der Amtszeit der Ersten Kreisbeigeordneten sowie des hauptamtlichen Kreisbeigeordneten erhält die CDU das Vorschlagsrecht für die Stelle des/der hauptamtlichen Ersten Kreisbeigeordneten, die SPD das für die Stelle des/der weiteren hauptamtlichen Kreisbeigeordneten. Die Koalitionsfraktionen streben eine schnellstmögliche Besetzung der Stellen an.

Die Stellen des/der hauptamtlichen Ersten Kreisbeigeordneten und des/der weiteren hauptamtlichen Beigeordneten werden ausgeschrieben. Beide Koalitionspartner vereinbaren, den von der CDU vorgeschlagenen Bewerber für das Amt des/der hauptamtlichen Ersten Kreisbeigeordneten sowie den/die von der SPD vorgeschlagenen Bewerber/in für das Amt des/der weiteren hauptamtlichen Kreisbeigeordneten zu wählen.

Landratswahl

Der Termin für die Landratswahl wird im Einvernehmen der beiden Koalitionspartner festgelegt.

Dezernatsverteilung

Die Dezernatszuteilung obliegt dem Landrat. Der Landrat beabsichtigt folgende Dezernatsaufteilung. Die Dezernatsaufteilung zwischen CDU und SPD soll folgendermaßen erfolgen:

CDU:

- Alle Sonderfachdienste
- Zentrale Dienste (jetziger Fachbereich 1 außer Ordnungsrecht (jetziger Fachdienst 1.3))
- Bildung und Gebäudewirtschaft (jetziger Fachbereich 5)
- Rettungsdienst, Katastrophenschutz und Zentrale Leitstelle (jetzige Fachstelle 2.3.5)
- Brandschutz (jetzige Fachstelle 2.3.6)
- Regionalentwicklung und Umwelt (jetziger Fachbereich 4)
- Veterinärwesen (jetziger Fachdienst 2.4.1)
- Lebensmittelüberwachung (jetzige Fachstelle 2.4.2)
- Abfallwirtschaftsbetrieb (AWB)
- Eigenbetriebe inklusive aller zugehöriger Beteiligungen
- Kliniken des Wetteraukreises Friedberg-Schotten-Gedern gGmbH und Gesundheitszentrum Wetterau gGmbH inklusive aller zugehörigen Beteiligungen

SPD:

- Jugend und Soziales (jetziger Fachbereich 3)
- Ordnungsrecht (jetziger Fachdienst 1.3)
- Gesundheit, Veterinärwesen und Bevölkerungsschutz (jetziger Fachbereich 2 außer Veterinärwesen (jetzige Fachstelle 2.4.1), Lebensmittelüberwachung (jetzige Fachstelle 2.4.2), Rettungsdienst, Katastrophenschutz und Zentrale Leitstelle (jetzige Fachstelle 2.3.5) und Brandschutz (jetzige Fachstelle 2.3.6))
- Jobcenter
- Wohnungsbau- und -fördergesellschaft
- Flüchtlingsunterkünfte

Sonstiges

Über gemeinsame Wahlvorschläge von CDU und SPD für zu besetzende Gremien wird im Einvernehmen der beiden Koalitionsparteien in Orientierung am Kräfteverhältnis der Fraktionen entschieden. Bei gemeinsamen Wahlvorschlägen herrscht Einvernehmen, dass bei Ausscheiden eines Mitglieds derjenige Partner einen neuen Vertreter bzw. eine neue Vertreterin entsendet, dessen Mitglied ausgeschieden ist, um die Verhältnismäßigkeit zu wahren.

Die Besetzung der vom Kreisausschuss zu wählenden Gremien erfolgt im Einvernehmen. Die Besetzung der vom Kreistag zu wählenden Gremien erfolgt ebenfalls im Einvernehmen.

Entsprechend der Bedeutung der Handlungsfelder Diversität und Inklusion werden die entsprechenden Beiräte zu einem Diversitäts- und Inklusionsbeirat gebündelt. Der Psychosoziale Beirat übernimmt künftig auch die Aufgaben der Sozialhilfekommission.

Organisatorisches

Die Geschäftsordnung des Kreistages soll überarbeitet werden.

Inkrafttreten der Koalitionsvereinbarung

Diese Koalitionsvereinbarung tritt in Kraft, wenn sie von den Parteigremien der beiden Koalitionspartner satzungsgemäß angenommen und unterzeichnet wurde.

Echzell, den 08.05.2021

.....
Lucia Puttrich MdL
CDU-Kreisverband Wetterau, Vorsitzende

.....
Lisa Gnadl MdL
SPD-Unterbezirk Wetterau, Vorsitzende

.....
Sebastian Wysocki
CDU-Kreistagsfraktion, Vorsitzender

.....
Christine Jäger
SPD-Kreistagsfraktion, Vorsitzende